

# Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 24. März 1931  
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 70

Bestandteile mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertags-Ausgaben: 48 Bl. + 12 Bl. Notendruck = 60 Bl. monatlich 2.10 RM. + 60 Bl. Notendruck = 2.60 RM. Einzelnummer 10 Bl. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 RM., unter Streifenband 3 RM. Postgebühren: Die gebührenfreie Mitbestimmung über deren Raum 12 Bl. Besondere und Besondereangelegenheiten 6 Bl. Anzeigenpreis: Die gebührenfreie Mitbestimmung über deren Raum im Wert 10 Bl. — Schluss der Inseratannahme in der Hauptredaktion um 1 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis höchstens 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krasnitzer Straße 50, 4. 00  
Telefon 459 02. Geschäftszeiten  
Breslau 644. Redaktion: Breslau 10, Krasnitzer Straße 50,  
Telefon 459 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13 Uhr.  
Montags bis Freitag von 17—18 Uhr. Filialredaktionen:  
Görlitz, Lützsch 2, Krasnitzer 22 24. Geschäftszeiten von 8—10 Uhr.  
Verlagsort: Hauptverlag Breslau. Verlag: Schönlage Verlagsgesellschaft m. B. O. Breslau. — Druck: „Vorwärts“ AG, 51. Breslau,  
Krasnitzer Straße 50. Telefon 464 55.

## Kampf der Eisenbahnerkonferenz Schlesiens gegen Lohnraub

Wählt rote Betriebsräte — Rüstet zum Streik gegen den Lohnraub  
Massenstreik am 1. Mai! — Streik gegen den Stahlhelmaufmarsch am 31. Mai!

Am Sonntag tagte in Breslau eine von der KPD einberufene Eisenbahnerkonferenz. Vertreten waren fünfzehn Werkstätten und Dienststellen durch insgesamt 81 gewählte und Gast-Delegierte.

Zu der augenblicklichen Tarifbewegung und zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen referierte der Kollege Kaufsch, Oppeln.

Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand die Frage des Kampfes gegen den am 19. dieses Monats gefällten Schlichtungsspruch,

durch den die Löhne der Reichsbahnarbeiter um 6 Prozent abgebaut werden sollen. Die 6 Prozent verteilen sich wie folgt:

Der den Eisenbahnarbeitern gewährte Frauenaufschlag in Höhe von 3 Pfennig die Stunde soll gänzlich fortfallen. Außerdem soll der Lohn in den Lohngruppen I bis III um 3 Pfennig, in den Lohngruppen IV bis V um 2 Pfennig und in den Lohngruppen VI bis VIII um 1 Pfennig pro Stunde gekürzt werden. Diese Kürzung soll in allen drei Wirtschaftssektoren und Ortsklassen gleichmäßig erfolgen.

Die Eisenbahner werden, wie immer so auch jetzt, von den reformistischen und christlichen Gewerkschaften schändlich im Stich gelassen. Im Dezember vorigen Jahres gebrauchte das Verhandlungsorgan des reformistischen Einheitsverbandes in der Nr. 50 noch starke Worte. So schrieb es:

„Es kann schon heute ausgesprochen werden: sollte sich die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft den Standpunkt der deutschen Industrie zu eigen machen, dann wird sie den organisierten Widerstand der Eisenbahner von ungeahnter Größe finden.“

Wer kurz vor Fällung des Schlichtungsspruches konnte man im Verhandlungsorgan Nr. 9 dieses Jahres etwas anderes lesen:

„Wie die von der Reichsbahn angeführte Bewegung auslaufen wird, läßt sich natürlich nicht voraussagen. Es scheint uns bei der gewerkschaftlichen Vertriebenheit der Eisenbahner, ... und bei dem leider immer noch vorhandenen Indifferenzismus wenig Aussicht zu bestehen, erheblich mehr abzuwenden zu können, als es anderen Gewerkschaften gelungen ist.“

Mit dieser Stellungnahme erteilt der Hauptvorstand des Einheitsverbandes bereits seine Zustimmung zu einem Lohnabbau.

Die Delegierten brachten in der Diskussion die vorhandene Kampfstimmung der Eisenbahner gegen das Dormüller-System und gegen die wirtschaftsfeindliche und streikbrecherische Gewerkschaftsbürokratie zum Ausdruck. Wie sehr die Bonzen den zunehmenden Einfluß der KPD fürchten, zeigt folgendes Beispiel:

Der reformistische Betriebsratsvorsitzende Bauer vom Ausbesserungswerk Märkisch verbot den gewerkschaftlichen Betriebsvertrauensleuten und Kollegen jede Diskussion mit KPD-Anhängern.

In der Kollegenchaft finden die Lösungen der KPD: „Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub!“ — „Wählt rote Betriebsräte!“ — „Masseneintritt in die KPD!“ immer stärkeren Anklang. Nach der Neuwahl der Industrielegung und der Aufstellung der roten Kandidatenliste für den Bezirksbetriebsrat wurde die Konferenz geschlossen. Fünf Delegierte traten der KPD bei. Beschlossen wurde noch die Einberufung einer zweiten Konferenz auf einer noch breiteren Grundlage bereits im Monat Mai.

Die Konferenz nahm folgende Entschlüsse an:

„Die heutige Eisenbahnerkonferenz des Bezirks Schlesien — einberufen von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition — richtet an die gesamte Eisenbahnerchaft den Appell, unerschrocken in demonstrativer Form gegen den Schlichtungsspruch, der den Lohn um 6 Prozent kürzt, gegen eine Verbindlichkeitsklärung auf den Plan zu treten. Nehmt sofort in den Werkstätten- und Dienststellenversammlungen Stellung, führt wichtige öffentliche Demonstrationen durch.“

„Zieht Streikbewegungen! Organisiert unter Führung der KPD, und der von euch selbstgewählten vorbereitenden Kampfausschüsse den Streik!“

Nur durch den Streik werdet ihr den Schlichtungsspruch und die Verbindlichkeitsklärung zunichte machen, den Lohnabbau abwehren und eure Forderungen durchsetzen.

Antwortet auf den Verrat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und Betriebsräte mit dem

Masseneintritt in die KPD, und mit der Wahl roter Betriebsräte!

Reicht euch am 1. Mai in die politische Massenstreik- und Massendemonstration des revolutionären Proletariats ein. Wählt in allen Werkstätten und auf allen Dienststellen rote Kampfausschüsse als Träger der einheitlichen revolutionären Massenbewegung, die die Kollegen für die restlose Arbeitsruhe und für die Teilnahme an den revolutionären Massendemonstrationen mobilisieren. Der Mai muß von der ganzen Arbeiterklasse unter dem Banner des Kommunismus und im Zeichen der revolutionären Einheitsfront für die Klassenziele und Tagesforderungen des Proletariats begangen werden.

Rüstet mit der Gesamtarbeiterklasse und allen wertaktiven Streik und zu Massendemonstrationen zum 31. Mai in Breslau!

Oberschlesische Eisenbahner rüsten zum Kampf!

## Zentraler Kampf-Ausschuß gewählt

Konferenz der Kampfausschüsse stellt rote Betriebsratslisten auf!

Oppeln. Am Sonntag fand im alten Schützenhaus eine Konferenz der gewählten betrieblichen Kampfausschüsse der Eisenbahner statt. 87 Mitglieder aus 14 der größten Dienststellen waren vertreten. Außer den Vätern nahmen 9 Eisenbahnerfrauen teil. Der Genosse Jendrosch sprach zu der Lage der Eisenbahner und dem gefällten Schlichtungsspruch. Genosse Wiora sprach zu den Aufgaben der Kampfausschüsse und der Auslösung des Streiks gegen jeden Pfennig Lohnraub. Die Kollegen stimmten mit großer Begeisterung den Ausführungen zu.

In der geführten Diskussion sprachen die Vertreter der wichtigsten Betriebe und erklärten sich in voller Einmütigkeit für den Streik. Sie alle sind der Überzeugung, daß der Lohnraub nur durch den Streik auf breiterer Grundlage abgewehrt werden könne. Die Voraussetzungen hierfür gibt es schnellstens zu schaffen. Der letzte Kollege muß für den Streik gewonnen werden.

Große Begeisterung riefen die Ausführungen der Genossin

Schichten zum Massenstreik und zu Massendemonstrationen zum 31. Mai in Breslau gegen den provokatorischen Stahlhelmaufmarsch auf das schlesische Volk.

Vormwärts zum Kampf und Sieg der Arbeiterklasse!  
Es lebe die kämpfende Einheitsfront der Eisenbahner!  
Nieder mit der faschistischen Brüning- und Preußenerregierung!  
Nieder mit dem Dormüller-System!

Nieder mit den Lohnräubern und reformistischen Streikbruchorganisationen!

Einigen in die KPD, in die Massenorganisation des Kampfes für Lohn und Brot!

Chwalera hervor, die im Namen der Eisenbahnerfrauen sprach und die Kampfausschüsse aufforderte, die Eisenbahnerfrauen in diesen Kampf mit hineinzuziehen.

Es wurde ein zentraler Kampfausschuß aus 30 Kollegen der wichtigsten Dienststellen gewählt. Darunter befindet sich auch eine Frau und ein Vertreter der Erwerbslosen. Nach der Stellungnahme zu den Betriebsrätewahlen beschloß die Konferenz die Aufstellung der Listen zum Bezirksbetriebsrat Oppeln und Breslau für die Werkstätten.

Eisenbahnerkollegen! Der von der Konferenz beschlossene Aufruf zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub muß der Appell zur Massenmobilisierung gegen die Lohnräuber und die christliche und reformistische Gewerkschaftsbürokratie sein. Macht die Betriebe streikfertig! Verheißt den roten Einheitslisten zum vollen Siege!

## Die „Neue Zeitung“ verboten!

Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien hat die „Neue Zeitung“ für Oberschlesien auf die Dauer von drei Wochen, von Mittwoch, den 25. März, bis Dienstag, den 14. April, verboten. Das Verbot begründet sich auf einen am 18. März in der „Neuen Zeitung“ erschienenen Artikel: „Severing“!

Eine ganze Woche hat der Oberpräsident von Oberschlesien gebraucht, um festzustellen, daß der Artikel „Severing“ eine „Herabwürdigung der republikanischen Staatsform“ ist. Die „Neue Zeitung“ hat in dem Artikel festgestellt, was Severing ist und hat seine Verdienste für die kapitalistische Republik und seinen Verrat an den Arbeiterinteressen aufgezeigt. Es ist zu offensichtlich, daß dieses Verbot nicht wegen dieses Artikels ausgesprochen wurde, sondern daß dieses Verbot ein weiterer Schritt in der Verbotskampagne der Bourgeoisie gegenüber der kommunistischen Presse ist.

Die anstößige Sprache und Wirkung der „Neuen Zeitung“ zu dem nationalstaatlichen Abstimmungsrummel, die ihre Wirkung nicht verfehlt hatte, hat es dem Herrn Oberpräsidenten, Zentrumsmann Lufschel, angetan. Der Arbeiterschaft soll zu den Betriebsrätewahlen der Führer genommen werden. Schlotternde Angst vor dem unaufhaltsamen Vormarsch der KPD, und der roten Betriebsräte, der sich im ganzen Reich zeigt, ist es, die die Brüning-Regierung zu diesem Unterdrückungsmaßstab gegen die kommunistische Presse, die furchtlos und unerschrocken die wahren Tatsachen enthüllt und aufzeigt, greifen läßt.

Die Arbeiterschaft wird die Antwort nicht schuldig bleiben. Verstärkte Mobilisierung, verstärkte Werbung für Partei und Presse, Hunderte und Tausende von Betriebs- und Häuserblodzeitungen werden entstehen, wie sich das schon bei all den anderen Zeitungsverboten gezeigt hat.

Macht die Betriebe streikfertig! Wählt rote Be-

triebsräte! Mobilisiert die Arbeiterschaft zum 1. Mai! Das ist eure Antwort auf den faschistischen Terror der Brüning-Regierung. Tausende neue Kämpfer, Tausende neue Leser der kommunistischen Presse, das muß der „Erfolg“ des Verbots der „Neuen Zeitung“ sein!

## Überall Siege der KPD.

Aus allen Teilen des Reiches kommen jetzt zahlreiche Meldungen über Siege der roten Einheitslisten. Nachstehend einige Resultate von größeren Betrieben (in Klammern die Ziffern des Vorjahres):  
Kammgarnspinnerei Leipzig, Pfaffenborfer Straße: Rote Einheitsliste 728 Stimmen, SPD-Liste 183 Stimmen. In diesem Betrieb wurde dieses Jahr zum erstenmal eine rote Einheitsliste aufgestellt.

Gaußhäger Spinnerei (Leipzig): Rote Einheitsliste 263 (216) Stimmen, SPD-Liste 218 (243) Stimmen. SPD-Bücher sind also zur roten Einheitsfront gekommen.

Schachtel, Leipzig: Rote Einheitsliste 152 (119) Stimmen, SPD-Liste 58 (84) Stimmen.

Gummitzer Elbe, Mittenberg: Rote Einheitsliste 410 Stimmen, SPD-Liste 288 Stimmen. Zum erstenmal wurde eine rote Einheitsliste aufgestellt.

In der Chemnitzer Oflag, Ludwigshafen, dem Werke des Chemnitzer Konzerns, ist die rote Einheitsliste gewählt, da keine reformistische Liste aufgestellt werden konnte.

Metalbetrieb Bögemühl, Chemnitz: Rote Einheitsliste 187 (325) Stimmen, SPD-Liste 118 (259) Stimmen. 300 Arbeiter sind seit der letzten Wahl entlassen.

Textilbetrieb Liebertsdorf, Oberlungwitz (Chemnitz): Rote Einheitsliste 105 Stimmen, SPD-Liste 87 Stimmen, Nazis 58 Stimmen.



# Reichswehroffiziere für die Kommunistische Partei

## Grundätzliches zum Schritt des Leutnants a. D. Scheringer

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht heute nachstehenden Leitartikel:

Im Vorhinein der Reichstagsdebatte über den Wehretat verlas der kommunistische Abgeordnete Genosse Kippenberger eine Erklärung des Reichswehrleutnants Scheringer, der im längerem Cäsarsprozess bekanntlich zu einer längeren Festungstrafe verurteilt wurde. Leutnant Scheringer erklärt öffentlich seinen Austritt aus der Nationalsozialistischen Partei und bekennend sich zur kommunistischen Partei Deutschlands. Dieser mutige Schritt des ehemaligen Nationalsozialisten ruft in der Öffentlichkeit unweigerlich Aufsehen hervor. Die Mäpfer des gegenwärtigen Regimes beschreiben sich in hitelangen Leitartikeln mit der Erklärung Scheringers. Sie wollen das Gepräch des Nationalsozialismus an die Wand. Sie zitieren dabei, daß es in der Reichswehr nicht nur nationalsozialistische Zellen gibt, sondern auch Offiziere und Soldaten, deren Herz für den Freiheitskampf der Arbeiterklasse schlägt.

Der Austritt des Reichswehrleutnants Scheringer aus dem Lager des Faschismus in die rote Front des kommunistischen Proletariats ist in der Tat ein Ereignis von symptomatischer Bedeutung. Wir begrüßen Scheringers Entschluß als einen neuen Beweis für die Unmöglichkeit der kommunistischen Idee, für die unüberwindliche Macht des weltverherrlichten Marxismus, der nicht nur die Arbeitermassen, nicht nur die Millionenarbeiter aller Völker in Stadt und Land ergreift, sondern bereits die besten und ehrlichsten Begaber des Young-Plans und der nationalen Anechtung aus den Reihen der Reaktion in den Vorkreis des Sozialismus reißt.

Scheringer hat sich zu seinem Schritt in hartem Gemütskampf, in heiligem Ringen um den richtigen Ausweg durchgearbeitet. Wir begrüßen diese Tat nicht so sehr um der einzelnen Person willen, sondern weil sie richtunggebend für eine ganze Schicht der wehrfähigen nationalen Intelligenz zu werden verdrängt. Hunderte, vielleicht Tausende des Mittelstandes wenden sich enttäuscht, angeekelt, verwirrt von der schmachtlichen Korruption, von der blutbedeckten Gemeinheit des Nationalsozialismus ab. Nur wenige sind bisher dem Weg zum Kommunismus gegangen. Aber der ganze Zwang der Verhältnisse, die Entwicklung des Klassenkampfes, der gigantische Aufstieg unserer heiligheligen Bewegung in Deutschland bürgt und führt, daß Tausende dieser wenigen folgen werden.

Die Arbeiterklasse, frei von Vorurteilen und Kleinbürgerlichen Nachgefühlen, reißt solchen Menschen wie Scheringer ohne Zaudern in die Hand. In allen bisherigen Revolutionen des Proletariats, von der Pariser Kommune bis zur bolschewistischen Sowjetrevolution, haben sich zahlreiche Offiziere dem kämpfenden Proletariat angeschlossen. Wir werden Scheringer und allen, die seinen Schritt folgen, die Möglichkeit geben, nach bestem Können dem Proletariat zu dienen. Wir tun dies um so freudiger, wenn es sich um hervorragende Militärsachverständige, um Offiziere und begabte Offiziere des Gewerkschaftswesens der modernen Infanterie handelt, wie Scheringer einer ist. Nicht wahr, verehrte Redaktionen der Weltweit-Presse? Nicht wahr, Herr Graener, Herr Sebering, Herr Goebels? Wir glauben kein Geheimnis zu verraten, wenn wir andeuten, daß der Schritt Scheringers nicht isoliert bleiben wird. Namen und Adressen sind ja in diesem Zusammenhang nebensächlich. Selbstverständlich bekennen wir uns — genau wie Hitler — zur strengsten Zensur.

Die Sozialdemokratie wird ihre alten Vordenker vom „Nationalsozialismus“ austragen, um die Arbeiterklasse zu vernichten. Nehmt sie, verabscheut! Wir waren und wir sind niemals Nationalsozialisten. Wir sind Sozialisten von Anfang bis zu Ende, und sonst nichts. Wir kämpfen für die soziale und nationale Befreiung des wehrfähigen Volkes, für die sozialistische Revolution in Deutschland. Wir machen dem Nationalismus aller Zielarten keinen Fingerbreit Zugeständnisse. Wir sind Internationalisten bis auf das Mark unserer Knochen. Wir stellen das Schicksal der französischen und polnischen Proletariat, unserer Klassenbrüder, tausendmal höher als das Schicksal des verfaulenden Kapitalismus im eigenen Lande. Wir arbeiten mit aller Kraft darauf hin, den Kapitalismus im eigenen Lande zu stürzen und die Arbeitermacht im heiligen Bündnis mit den Proletariern aller Länder aufzurichten. Wir sind unversöhnliche, streitbare, kämpfende Marxisten. Wer den Marxismus ablehnt, ist unser Feind. Darum stoßen wir z. B. den faschistischen, durch und durch reaktionären „Antimarkismus“ eines Otto Straßer mit Verachtung zurück.

Wer zu uns kommt, muß ganz zu uns kommen oder gar nicht. Wer aus dem Feindeslager zum Kommunismus übertritt, muß der Arbeiterklasse helfen, aber sie nicht führen und lehren wollen. Wer zu uns kommt, wird begrüßt und abermals geprüft, bis er sich im Kampf endgültig bewährt hat.

Das Entstehen der gegenwärtigen Machtüber den Reichswehrleutnanten zur kommunistischen Partei zeigt nur, auf wie schwachen Füßen das jetzige Regime steht. Jeder revolutionäre wird sich über die nervöse Panik des Feindes freuen und mit desto größerem Schwung, mit desto größerer Ueberzeugungskraft seine revolutionäre Arbeit fortsetzen.

Nach dem Nazi-Mord — der Polizei-Mord

# Wieder Arbeiterblut in Hamburg

## SPD.-Schönfelder läßt schießen — Bei der Einschüchterung des Genossen Henning ein Arbeiter durch Polizei ermordet — Ueberwältigende Kampfundgebung in Hamburg — 35 000 Arbeiter demonstrieren trotz Verbots!

Bei der Einschüchterung des von den Nazis hinterlistig ermordeten Genossen Henning in Hamburg am Sonnabend kam es zu ungeheuren Demonstrationen der Arbeiterschaft. Dabei ging die Polizei in brutaler Weise gegen die Arbeiter, die dem Genossen Henning das letzte Geleit gaben, vor. Beim Abmarsch von der gewaltigen Kampfundgebung kam es am Barmbecker Bahnhof zu einer wilden Schießerei der Polizei. Die Mannschaften von sechs Ueberfallwagen machten eine Attacke auf die Arbeiter und gaben ganze Salven ab. Ein Arbeiter wurde dabei erschossen und drei schwer verletzt, darunter eine Frau. Das ist der „Kampf gegen den Faschismus“ des Sozialdemokraten Schönfelder, des Polizeikommandanten von Hamburg. Ein neuer Arbeitermord, wieder Arbeiterblut auf den Straßen. Die sozialdemokratischen Arbeiter mögen sich die Frage beantworten, welcher Unterschied zwischen dem Nazimord an dem Genossen Henning und diesem legalisierten Polizeimord besteht.

Die Einschüchterung gestaltete sich zu einer wuchtigen und überwältigenden Kampfundgebung gegen die Nazi-Mordpartei und ihre Auftraggeber, die Unternehmer, und ihre Helfer, die Sozialfaschisten. Mehr als 35 000 Arbeiter demonstrieren. Ungeheuerlich die Massen, die dem Aufre der Partei folgten. Trotz des Demonstrationsverbotes sammelten sich die Zehntausende in den Straßen und bildeten Spalier.

Die Arbeiter der Betriebe hielten an Fenstern und Türen, saßen auf den Mauern der Betriebe mit zum Gruß und Nachschwur gehaltenen Fäusten.

Ueber hundert Kranze, vom 3A. der SPD., von zahlreichen Bezirksorganisationen der Partei und der KPD., von den Arbeiterportieren und Frauen, der Jugend, 37 Beziehb. Belegschaften folgten dem Sarg, der in eine rote Fahne gehüllt ist und von einer Ehrenwache begleitet wird. Auch eine Abteilung von 20 Reichsbannerarbeitern mit einem Kranz folgt. Fast eine Stunde dauert der Vorbemarsch an unserem gemeinsten Genossen vor dem Krematorium.

Auf dem Ohlsdorfer Friedhof sammeln sich unter den Klängen des russischen Trauermarsches 30 000 bis 35 000 Menschen. Mustergiltig die Disziplin, ernst und wuchtig der ganze Charakter des Aufmarsches. Als erster spricht der Vertreter der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der SPD., ihm folgte der Vertreter des Bezirks Niederrhein. Dann ergriß Genosse Thümann das Wort zu seiner wuchtigen Anlagerebe.

Mit dem Gesang der „Internationale“ wurde die würdige, gewaltige Kundgebung, die allen, die daran teilnahmen, unvergeßlich sein wird, geschlossen.

Kein Korn in die Erde, keine Saat wird bestellt

# Gutsarbeiter streifen!

## Wieder zwei Güter in Mitteldeutschland im Streik — Polizei und D.W.-Bonzen gegen die Streikenden — Massenflucht aus dem D.W. — Glänzende Stimmung

Könnern, 23. März. Heute früh ist die Belegschaft des Gutes Puhlmann in den Streik getreten. Der Streik richtet sich gegen den Lohnraub. Die Landarbeiter fordern Lohnerhöhung entsprechend den Forderungen des Roten Einheitsverbandes der Landarbeiter. Der Junker erklärte, daß er den Lohnraub rückgängig machen würde, wenn die Arbeit wieder aufgenommen

wird. Heute um 10 Uhr findet eine Belegschaftsversammlung statt, in der weitere Beschlüsse gefaßt werden. Die Kampfstimmung der Belegschaft ist glänzend.

Der Streik in Kellen nimmt mit unverminderter Wucht seinen Fortgang.

Bitterfeld, 23. März. Auf dem Gute Dörries in Jörbig wurde in einer Landarbeiterversammlung am Freitag der Streik beschlossen und eine Streikleitung gewählt. Am Sonnabend früh trat die Belegschaft in den Streik. Der Junker lehnte unter Berufung auf den Unternehmerverband die Forderungen der Landarbeiter ab. Sofort war die Polizei zur Stelle. Bald kam auch der D.W.-Bonze Böhlert aus Bitterfeld. Vorher schon war es dem unter dem Einfluß Böhlerts stehenden Betriebsrat gelungen, einen großen Teil der Landarbeiter in den Betrieb zurückzubekommen. Mit Hilfe des Böhlert sind vier Landarbeiter, die weiter streikten, gemahregelt worden. Ueber den sozialfaschistischen Verrat herrscht unter den Landarbeitern in Jörbig ungeheure Empörung. In einer Versammlung, die gestern stattfand, erklärten die Landarbeiter, daß sie nicht nur dem von ausgemachten Schurken geführten D.W. den Rücken kehren, sondern sich auch dem Roten Einheitsverband anschließen werden.

Wieder stehen zwei Güter im Streik. Immer mehr erwacht die rechtloseste, ausgebeutete Schicht des Proletariats, die Landarbeiter. Immer mehr wächst der Kampfwille. Die schließlichen Landarbeiter müssen alle daransehen, um die Kampffront der Arbeiter zu schließen, um den Lohnraubabsichten der Gutsbesitzer ein Ende zu bereiten.

Mobilisiert die Gutsbelegschaften! Bildet KPD.-Gruppen! Sendet Delegierte zur Landarbeiterkonferenz in Breslau am 19. April!

Maršiert auf am kommenden Sonntag zu den Landarbeiter-Marschen und demonstriert euren Kampfeswillen.

Es nukt alles nichts!

## Der Schulungsplan muß durchgeführt werden, also müssen die Mittel beschafft werden!

- Sonnabend mit dem Verkauf der 25 000 „Arbeiter-Zeitungen“ beginnen!
- Sonntag den Rest verkaufen!
- Montag das Geld voll einzahlen!
- Dienstag die Teilnehmer für den Fortgeschritten-Kursus bestimmen!
- Mittwoch werden in der „Arbeiter-Zeitung“ die Ortsgruppen veröffentlicht, die noch nicht abgerechnet haben!

Der zweite Riesenbetrieb:

# Roter Gieg bei Krupp!

## Alle Parteien verlieren, nur die KPD. gewinnt im größten Betriebe des Ruhrgebiets

Essen, 23. März. Trotzdem 8 000 Arbeiter bei Krupp im Laufe des vergangenen Jahres abgebaut wurden, gelang es der roten Einheitsliste, einen großen Gewinn zu verbuchen. Bei der Wahl wurden abgegeben:

	1931	1930
Liste 1 Reformisten	4754 10 Mandate	(7393 u. 12)
Liste 2 Christen	4994 10 Mandate	(7374 u. 11)
Liste 3 Selbe	1032 2 Mandate	(1634 u. 2)
Liste 4 Christen	169 0 Mandate	(205 u. 0)
Liste 5 KPD.	3360 7 Mandate	(3648 u. 5)
Liste 6 Nazis	660 1 Mandat	( — — )

Dieses Ergebnis ist ein glänzender Sieg der KPD. und eine vernichtende Niederlage der Christen und Reformisten. Im größten Betriebe des Ruhrgebiets, in der Werkstatt des Kanonen- und Ausbeuterkönigs Krupp, in dem Betrieb, der vielen der Arbeiter sogar als christlich-reformistische Hochburg für unbezwinglich galt, ist die rote Einheitsliste als alleinige Siegerin hervorgegangen! Die KPD. hat zwei Mandate gewonnen, während alle anderen Gruppen erheblich verloren haben!

Soviel steht fest: Durch die Entlassung von etwa 6000 Belegschaftsmittgliedern seit der revolutionären Wahl wurden fast nur revolutionäre Arbeiter herausgeworfen. Um so schwerer wiegt daher unser Sieg im größten Betriebe des deutschen industriellen Herzens, des Ruhrgebiets. Hätten die 6000 herausgeworfenen Krupp-Arbeiter mitwählen können, die KPD. wäre als weitaus stärkste Fraktion aus dem Kampfe hervorgegangen.

Die Krupp-Wahl signalisiert weitgen sichtbar: Deutschlands Kanonenwerkstatt Krupp hat einen fähigen Schritt zu einem zweiten roten Zeugs getan! Die Scharen der Krupp-Sklaven kommen zur

KPD. und zur SPD. Der christlich-reformistische Einfluß zersplittert wie Glas. Der Nazi-Sturm auf den Krupp-Betrieb ist zerföhelt. Nur wir marschieren, weil wir für Brot und Freiheit, gegen Lohnraub und Faschismus kämpfen!

Dieses zweite Beispiel des Vormarsches der Roten Betriebsräte, der KPD. in den deutschen Riesenbetrieben muß und wird allen ein Ansporn sein, unermüdet zu arbeiten, zu werben, zu kämpfen, es jedem Arbeiter Harzjmaden:

Wählt rote Betriebsräte!  
Macht die Betriebe zu roten Burgen!  
Schafft Betriebsgruppen der KPD.!

## Roter Gieg in Friedland

Im Textilbetrieb Julius Bendig u. Söhne, Friedland, hat die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zum ersten Male eine rote Betriebsrats-Einheitsliste aufgestellt. Die jetzt durchgeführte Wahl endete mit einem glänzenden Siege für die KPD. Von 203 wahlberechtigten Arbeitern haben 184 Arbeiter ihr Wahlrecht ausgeübt. Die rote Liste erhielt 70 Stimmen = 2 Betriebsratsmitglieder und 1 Ergänzungsmitglied. Die reformistische Liste erhielt 85 Stimmen und 3 Betriebsratsmitglieder, die christliche Liste erhielt 28 Stimmen gleich 1 Betriebsratsmitglied.

Das Vertrauen der Textilarbeiter muß ausgewertet werden mit der Organisierung des Masseneintritts in die KPD. Die roten Betriebsräte als die Organisatoren des Streiks haben sofort die Aufgabe, die Belegschaft zu mobilisieren, die Wahl eines vorbereitenden Kampfausschusses durchzuführen und unter Führung des vorbereitenden zentralen Kampfausschusses der Textilarbeiter jeden Pfennig Lohnraub mit dem Streik zu beenden.

# Arbeitslose gegen SPD.-Lügenheke

SPD.-Flugblattverbreiter vom Arbeitsnachweis vertrieben

Am Montagvormittag kam es zu einer spontanen Kundgebung von Erwerbslosen gegen den sozialfaschistischen Betrug vor dem Arbeitsnachweis Sternschanze. Als einzige sozialdemokratische Flugblattverbreiter die „Erwerbslosentribüne“ verteilten und die Arbeitslosen die Hey- und Dredartikel, die Beschimpfung der Kommunisten in dieser „Tribüne“ gelesen hatten, bemächtigte sich ihrer eine große Empörung. Die Arbeitslosen entrißen den Flugblattverbreitern die Dredblätter und warfen sie auf die Straße. Schließlich mußte die Polizei die Flugblattverbreiter in einem Hausflur vor der Tat der Massen schützen.

Die Stimmung der Arbeitslosen war einheitlich gegen diese Dredheke der SPD.-Bonzen, ganz gleich ob sozialdemokratische, parteilose oder kommunistische Arbeitslose. Die Panzerrennerpartei, die Partei, die jeden Lohnraub, jeden Abbau der Sozialfürsorge und der Erwerbslosenunterstützung aktiv unterstützt und vor dem Sturm der Arbeiterschaft schützte, die es wagt, vor den Arbeitern diese gemeine Dredheke zu verbreiten, hat die Antwort der Erwerbslosen bekommen. Die Opfer ihres Betruges und Verrates protestieren gegen die sozialfaschistischen Helfer des Unrechtsregimes.



Gegen die Lohnrauberei Severings!

Nur der Streik kann den Lohnraub bei den Breslauer Gemeindearbeitern verhindern

Gegen linke Phrasendrescher - Massenmobilisierung für den Kampf

Am 1. April soll der neue Lohnsatz für die Gemeindearbeiter Breslaus Tatsache werden. Die städtischen Proleten, soweit sie bisher noch nicht Gelegenheit hatten, mit Severings sogenannten „härteren Waffen“...

Mit dieser Lösung ist bereits der Kurs aufgezeigt, den die Verbände-Bürokratie gegenüber den städtischen Arbeitern einzuschlagen beabsichtigt. Die städtischen Arbeiter haben von der politischen Führung der SPD. bisher wahrgenommen, daß ihre wirtschaftliche Lage sich...

Niederschlesischer Provinzial-Landtag eröffnet Herr „Genosse“ Lüdemann prophezeit bessere Tage

Gestern trat der niederschlesische Provinzial-Landtag zu einer kurzen Tagung zusammen. Oberpräsident Lüdemann vergoß in seiner Eröffnungsrede allerhand Krokodilstränen von „der großen Not, die über das deutsche Volk hereingebrochen ist“...

Was die Gewerkschaftsbürokratie den Gemeindearbeitern vor dem 14. September versprach

In einem „Volksrecht“-Artikel vor dem 14. September 1930 schrieb Strachotta im Auftrag der Blank und Prause folgendes:

„Dem Gesamtverband wurde unterzogen, daß er schon mit dem Magistrat zwecks Lohnraub für die städtischen Arbeiter verhandelt habe und einig geworden wäre. Die freigeberischen Kollegen werden sich von diesem Geschwätz nicht irreführen lassen, weil sie wissen, daß die Organisation, getragen von dem Willen der Kollegenschaft, alle Kampfmittel anzuwenden wird, wenn der Magistrat nur den leisesten Versuch machen sollte, an einen Abbau der Löhne heranzugehen zu wollen.“

Dieses Versprechen war natürlich nur diktiert von dem Willen, den 14. September, den Tag der Reichstagswahl, nicht noch zu einer größeren Niederlage werden zu lassen, als er es ohnehin geworden ist. Jetzt aber braucht man auf eine solche Gefahr keine Rücksicht mehr nehmen.

Der „radikale“ Strachotta hat bisher noch nicht den leisesten Versuch gemacht, das gegebene Versprechen, „alle Kampfmittel anzuwenden, um den verurteilten Lohnraub zu verhindern“, einzulösen. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn es ist derselbe Strachotta, der den Arbeitern ebenfalls das Versprechen gegeben hat, daß seine Partei die Regener und den Haub an den Kranken besitzigen wird.

Der Streik die einzige Rettung

Aber die Gemeindearbeiter wissen, daß nicht bloß dieser Lohnraub zur Tatsache werden wird, wenn sie sich etwa auf Strachotta und seine Getreuen verlassen wollten, sondern darüber hinaus diesem Lohnraub ein weiterer folgen wird, wenn sie sich nicht heute schon vollkommen darüber klar

werden, daß es nur einen einzigen Weg gibt, diesen Raub zu verhindern, das ist der Weg, der den Gemeindearbeitern von der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei gezeigt wird, der Streik.

Das erfordert aber, daß schon jetzt die gesamten Gemeindearbeiter für den Streik mobilisiert werden.

In jedem Betrieb eine NSD.-Gruppe

Als ersten Schritt auf diesem Wege gilt es jetzt, bei den Betriebsratswahlen sich von allen Strachottas loszusagen und eine wirkliche Einheitsfront zu schaffen.

Rote Betriebsräte, revolutionäre Vertrauensmänner. Körper in allen Betrieben und Kampfschiffe zur Führung des Streiks, das ist das Gebot der Stunde.

Deshalb müssen sie sich eine revolutionäre Führung wählen. Das können sie nur dann, wenn sie in allen Gemeindebetrieben Betriebsgruppen der NSD. bilden, und diese Gruppen dann in eine Industrie-gruppe zusammenschließen. Durch feste Zusammenschließung aller revolutionären Kräfte in den Gemeindebetrieben muß und wird es gelingen, alle Maßnahmen rückgängig zu machen, die der Magistrat mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie durchzuführen sich anschickt.

Am 22. März soll in Breslau eine Delegiertenkonferenz aller Gemeindearbeiter stattfinden, die von der NSD. einberufen ist, und alle Vorbereitungen zu treffen hat, die notwendig sind, um die Offensive gegen die Hungerpeitsche zu eröffnen, die im Austrage Severings auf die Gemeindeproleten niederzusenken soll. Deshalb muß alles aufgegeben werden, daß diese Konferenz zu einer würdigen Kundgebung für den Angriffswillen der Gemeindearbeiter ausgestaltet wird. In allen Betrieben müssen daher sofort Delegierte für diese Konferenz gewählt werden.

Heraus zum Kampf! Alle städtischen Betriebe streikfertig machen

Rundfunkkommissar Dr. Schäfer aus Breslau geflohen Kaplan Gaertels Günstling entpuppt sich als Hochstapler

mu. Rings um die Krieterner Funktürme hat sich jetzt eine Affäre abgespielt, die jener hurtigen katholischen Clique um den Kaplan Gaertel noch lange Zeit schwer aufstoßen dürfte. Vor einiger Zeit tauchte in Breslau völlig abgerissen ein Mann auf, der sich Dr. Schäfer nannte, und der erst im warmen Nest der NSD. unterzuschlupfen versuchte, dann aber, als er merkte, daß der Einlaß gewisser katholischer Kreise noch leichter auswertbar war, den frommen Sohn der Kirche martierte, und es binnen kurzer Zeit erreichte, daß er in jeder Woche mehrere Male unter den verschiedensten Pseudonymen seine philosophischen verbrämten Kirchenweisheiten vom Krieterner Sender aus in die Welt posaunen durfte.

Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß Herr Schäfer nie die Rolle in Krieteren hätte spielen können, wenn nicht der Kaplan Gaertel als Wortführer des katholischen Funkauschusses seine schützende Hand über diesen Mann gebreitet hätte. Die Empfehlungen Gaertels öffneten dem aus dem Dunkel aufgetauchten Schäfer alle Türen, und er sprach nicht nur in Rundfunk, sondern auch bei katholischen Veranstaltungen in der Provinz. Es gab allerdings schon immer Leute, die sich unterstützten, daß es um diesen Dr. Schäfer nicht ganz geheuer sei, aber die hohen katholischen Protektionen brachten auch diese Warner zum Schweigen.

Jetzt ist die Bombe geplatzt.

Der Liebling der katholischen Funkhörerschaft, der erklärte Protegé des Kaplans Gaertel, Herr Schäfer, ist bei Nacht und Nebel aus Breslau verschwunden. Der Boden ist ihm hier so heiß unter den Füßen geworden, daß er schleunigst flüchten mußte. Man erzählt sich, daß Herr Schäfer von drei Staatsanwaltschaften gesucht wird, und wenn sich die Breslauer Staatsanwaltschaft noch nicht darunter befinden sollte, so wird sie sich der Jagd wohl bald anschließen müssen. Es wird nämlich behauptet, daß Herr Schäfer in der Pro-

vinz eine ganze Reihe von Pfarrern um erhebliche Beträge angeborgt hat, seine Kreditwürdigkeit war ja durch die Empfehlungen bekannter Kaplane über allen Zweifel erhaben. Im Breslauer „Kölpinghaus“ spielte Dr. Schäfer den lebenswürdigen Schwereleiter und soll als solcher unter den Töchtern begüterter katholischer Familien bei den dort tagenden Jungfrauenvereinen große Erfolge gehabt haben. Die frommen Dämchen waren so vernarrt in den katholischen Salonphilosophen, daß sie ihm gern mit kleinen Beträgen unter die Arme griffen, wenn Herr Schäfer sich gerade wieder einmal in der Klemme befand.

Nun ist die ragende katholische Säule über Nacht geborsten. Diese Tatsache wird auf gewisse fromme Herrschaften wie ein Keulenschlag gewirkt haben. Herr Schäfer hätte nie so rasch hier in Breslau Karriere machen können, wenn ihm nicht einflussreiche Katholiken den Weg gebahnt haben würden.

Es muß verlangt werden, daß sich die Leitung des schlesischen Senders nunmehr ganz energisch gegen jene unheilvolle katholische Funk-Clique wehrt, die sich da draußen in Krieteren in gerabener ärgernisregender Weise breitgemacht hat. Man sperre schleunigst auch dem Kaplan Alfons Gaertel das Mikrophon, denn die wertvolle Hörfrequenz würde über seine Ethik-Exzesse nur lachen, nachdem eben erst Herr Schäfer den Beweis dafür geliefert hat, wie es um diese Ethik in Wahrheit bestellt ist. Rauf aus dem Sendehaus mit den christlichen Ethik-Säulern! Plag den proletarischen Schriftstellers als dem Sprachrohr der wertvollen Massen!

Die I.A.H. ruft!

Kapitalistischer Niedergang - Sozialistischer Aufbau. Darüber spricht heute, 20 Uhr, der Genosse Reimann, Breslau, in der „Weißer Schleife“, Taischenstraße 20, 1. Etg. Der Vortrag wird durch Lichtbilder erläutert. Eintrittspreise: Erwerbslose 10 Pf., Vollarbeiter 20 Pf.

Er selbst aber hielt sich auf Grund dieser Prophezeiung anseinernd für berechtigt, im Anschluß daran „seinen niederschlesischen Untertanen“ eine kleine Moralpredigt zu halten. Er kam nämlich auf Brünnings Ostküste zu sprechen und glaubte dem Zell der Bevölkerung, der dem schwarzen Kanjler keine Knochen auf dem Wege durch Schlesien gestreut, Vorwürfe machen zu können. Nun, Herr Lüdemann mag sich beruhigen, beim nächsten Besuch seines Freundes Brüning in Schlesien wird bestimmt Lüdemanns Mahnung noch ganz anders befolgt werden, wofür ihm hiermit im Interesse des Proletariats gedankt sei. Der Schluß seiner Eröffnungsrede war die solchen feiten Futtertrüppchenhabern besonders gut antehende Mahnung zur „Spartamkeit“.

Als Landtagspräsident wurde Wandmann (SPD.) mit der Stimmen der Weimarer Koalition wiedergewählt. Die Rechte gab weiße Bettel ab. Die kommunistische Fraktion stimmte für eigenen Kandidaten. Nachdem die übrigen Formalitäten mit dem üblichen Dankeschonus erledigt, die Verdienste der Ausgeschiedenen gewürdigt, die neuzugezogenen Mitglieder bekanntgegeben und die nationalsozialistische Fraktion erklärt hatte, daß sie sich nur zeitweilig an den Arbeiten beteiligen werde, war die erste Sitzung beendet. Der Dienstag- und Mittwochvormittag sind für Fraktions- und Ausschusssitzungen freigehalten; die nächste Vollversammlung beginnt Mittwoch 14 Uhr. Die Tagung dürfte die ganze Woche in Anspruch nehmen.

Der Mordparagraph 218

Gestern Mittag wurde auf dem Salvatorfriedhof eine Kindesleiche gefunden. Es handelt sich um eine Frühgeburt männlichen Geschlechts. Die Leiche, die 42 Zentimeter lang ist, war in einem klarsfarbenen Schlüpfel und in drei weiße Leinwandstücke eingehüllt und lag außerdem in einem schmutzigen grauweißen Pappkarton mit losem Deckel. Der Karton selbst war in einem Haufen Wäsche verscharrt. Die Leiche kann etwa zehn Tage am Fundort gelegen haben.

Rote Hilfe, Scheitrig

Dienstag, den 24. März, 20 Uhr, Kirch. Ecke Bockstraße, Mitgliederversammlung mit Lichtbildervortrag.

Erfolgreiche NSD.-Versammlung

Am Sonnabend fand im Lokal Jibig eine von der NSD. einberufene Erwerbslosenversammlung statt, in welcher es gelang, 14 Funktionäre für die NSD. zu gewinnen.

Am Mittwoch, dem 25. März, 14.30 Uhr, findet eine Versammlung aller erwerbslosen NSD.-Mitglieder für den Stadtteil Zentrum im Lokal zum „Roten Löwen“, Kupferstraße, statt.

Jugendkapelle Nord

Dienstag, von 17 bis 19 Uhr, Übungsstunde im Jibigs Lokal, Enderstraße 1. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Marristische Arbeiterschule

Dienstag, den 24. März, 20 Uhr, bei Hahn, Werberstraße, letzter Kurzausgang in Esperanto. Genossen, die mit den Kurzausgängen noch rückständig sind, müssen diese unbedingt abliefern. Anmeldungen für einen neuen Anfängerkursus werden an diesem Abend und auch bei Genossen Fochler, Marihastraße 15c, III, entgegengenommen.

Selbstmord. Am Sonnabend beging der 32jährige Arbeiter Richard R. in Herrnprosch-Selbstmord durch Ertränken im Anstalts-teich. Die Tat soll in geistiger Ummachung geschehen sein.

Theater. Der regen Nachfrage wegen werden diese Woche von Mittwoch bis einschließlich Sonnabend wieder Nachmittagsvorstellungen eingelegt, die zu halben Ueberpreisen das volle Programm mit Noni bringen. Der Vorverkauf findet ununterbrochen statt.

Brieg

Auch die I.A.H. marschiert

Steindorf. Hier fand am Freitagabend eine gutbesuchte NSD.-Versammlung statt. Genosse Flegel, Brieg, sprach über das Thema: „Zweck und Ziel der NSD. und der § 218.“ Die anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen verfolgten mit Interesse die Ausführungen des Referenten. Eine Diskussion fand nicht statt, nur eine junge Arbeiterin hatte eine Anfrage zu stellen, welche der Genosse Flegel in seinem Schlußwort beantwortete. Eine am Schluß veranstaltete Kellerjammlung brachte ein ganz schönes Ergebnis.

Die Chlorodont-Zahnbürste. Erreicht durch ihre Spezialstruktur (geprägte Sechsecke) die Zahnoberfläche als Schmelzmittel bei Zahnbürsten und beugt dabei gegen Karies, Zahnlücken und Zahnerosion. Nur echt in Originalpackung, 1 Mark, Markenrecht in P.



# Rund um den Erdball

Der „ostpreussische Tezner“ vor Gericht

## Saffrans furchtbares Geständnis vor den Geschworenen

### Vom Strudel des kapitalistischen Niedergangs erfasst und zum Mörder geworden

Knapp vier Tage sind es her, daß das Regensburger Schwurgericht über den Versicherungsmörder Tezner die Todesstrafe wegen des entsetzlichen Mordes an dem unbekanntem Handlungslehrling verhängte, und schon steht vor den Vorkammer-Schöffen in Ostpreußen ein zweiter Versicherungsmörder, dessen grauenhafte Tat an Hinterlist und Brutalität nicht hinter der Tat Tezners zurücksteht. Und genau wie in dem Prozeß gegen den Kaufmann Tezner offenbart auch die am Montag eröffnete Verhandlung gegen Saffran, daß diese Kette von schrecklichen Versicherungsvorfällen selbst für den Substantentisten erkennbar verankert ist in dem rapid zusammenbrechenden kapitalistischen System.

### Die Anklage und die Angeklagten

Vorkammer, 23. März. Die Anklageschrift beschuldigt den Hauptangeklagten, den 31jährigen Kaufmann Erik Saffran, im Herbst vorigen Jahres in Gemeinschaft mit dem Handlungsgehilfen und Mitangeklagten Ripnid, einen Kellner aus Königsberg auf der Chaussee nach Pöhlen ermordet, die Leiche dann im Auto nach Rastenburg geschafft und im Büro des Möbelgeschäftes seines Schwiegervaters verbrannt zu haben. Als Motiv dieser grauenhaften Tat bezeichnet die Anklageschrift — wie im Falle Tezner — den eigenen Tod vorzutäuschen, um dadurch eine Lebensversicherungsprämie in Höhe von 140 000 Mark zu erschwindeln. Außer den beiden vorgenannten Angeklagten steht noch die 26jährige Kontoristin Ella Augustin, die unter dem Einfluß der beiden Männer stand, als Angeklagte vor Gericht. Weiter werden alle drei eines Rattenchwanzes von etwa 400 Urkunden- und Wechselfälschungen, des Betruges, der Fälschung usw., in Gemeinschaft mit vier weiteren Angeklagten, beschuldigt.

### Wer ist der eigentliche Mörder?

Der zentrale Punkt dieses Prozesses ist die Frage: Hat der Angeklagte Saffran oder Ripnid den Königsberger Kellner Dahl ermordet? Während Saffran bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt hat, leugnet Ripnid ganz entschieden die Beteiligung an der Mordtat. Zunächst wird Kaufmann Saffran vernommen. Er beantwortet alle Fragen mit leiser, fast trauriger Stimme. Sein Vater, der wegen seines großartigen Auftretens den Spitznamen „König von Ostpreußen“ trug, war ein Getreidegroßhändler. Mit tränenreicher Stimme erzählt Saffran sein Leben. Wie er sich mit einer Jugendfreundin aus Rastenburg verheiratet habe und dann das Möbelgeschäft seines Schwiegervaters in eigene Regie übernommen habe. In der Inflationszeit geriet er in den Strudel des kapitalistischen Niederganges, aus dem er sich in der Folge nicht mehr herausarbeiten konnte. Er stellte Wechsel aus, verkaufte die Möbel auf Kredit, deren Raten unpünktlich bezahlt wurden. Kurz, sein Geschäft ging langsam, aber sicher immer mehr zurück.

### Vom Schwindel zum Mord

Inzwischen waren die Schulden so hoch gestiegen, daß ihn nur noch Schwindeleien vor dem Bankrott retten konnten. Auch wollte er oft Konkurs anmelden, doch kein Schwiegervater sagte dann, daß er diese „Schande keinen Tag überleben könnte“. Er fälschte also Verträge mit Hilfe seiner Kontoristin und Mitangeklagten Augustin. Ferner gestand Saffran, in dieser Zeit sich mit Selbstmordabsichten getragen zu haben. Darum erhöhte er zunächst seine bisherige Lebensversicherung. Im Anfang trug er sich mit dem Gedanken, sich von einem Zuge überfahren zu lassen. Dann aber kamen er und die Angeklagte Augustin überein, sich irgendwoher eine Leiche zu besorgen, um seinen eigenen Tod vorzutäuschen. Nach langem Hin und Her zog man den Mitangeklagten Ripnid ins Komplott, der scheinbar vorschlug: wenn wir keine Leiche bekommen, müssen wir eben einen umbringen.

### „Die Leiche wird befragt“

Nach mehrfachen vergeblichen Nordversuchen wollte Saffran schließlich doch Selbstmord begehen. Doch die Angeklagte Augustin hinderte ihn daran. Am Abend des 12. Sep-

tember nun fuhren Saffran und Ripnid im Auto in die Pöhlen Gegend, um sich „endlich in den Besitz der Leiche zu setzen“. Die Augustin nahm an dieser Fahrt nicht teil. Auf dieser Fahrt begegneten sie unterwegs einem Radfahrer. Saffran verlor in diesem Augenblick den Mut und rief seinem Kumpan Ripnid zu: „Ich kann es nicht!“

Bei diesem Geständnis bricht der Angeklagte in ein lautes Weinen aus und kann eine ganze Weile nicht weiterreden. Schließlich erzählt er stöhnend, daß Ripnid ihn aufgefordert habe,

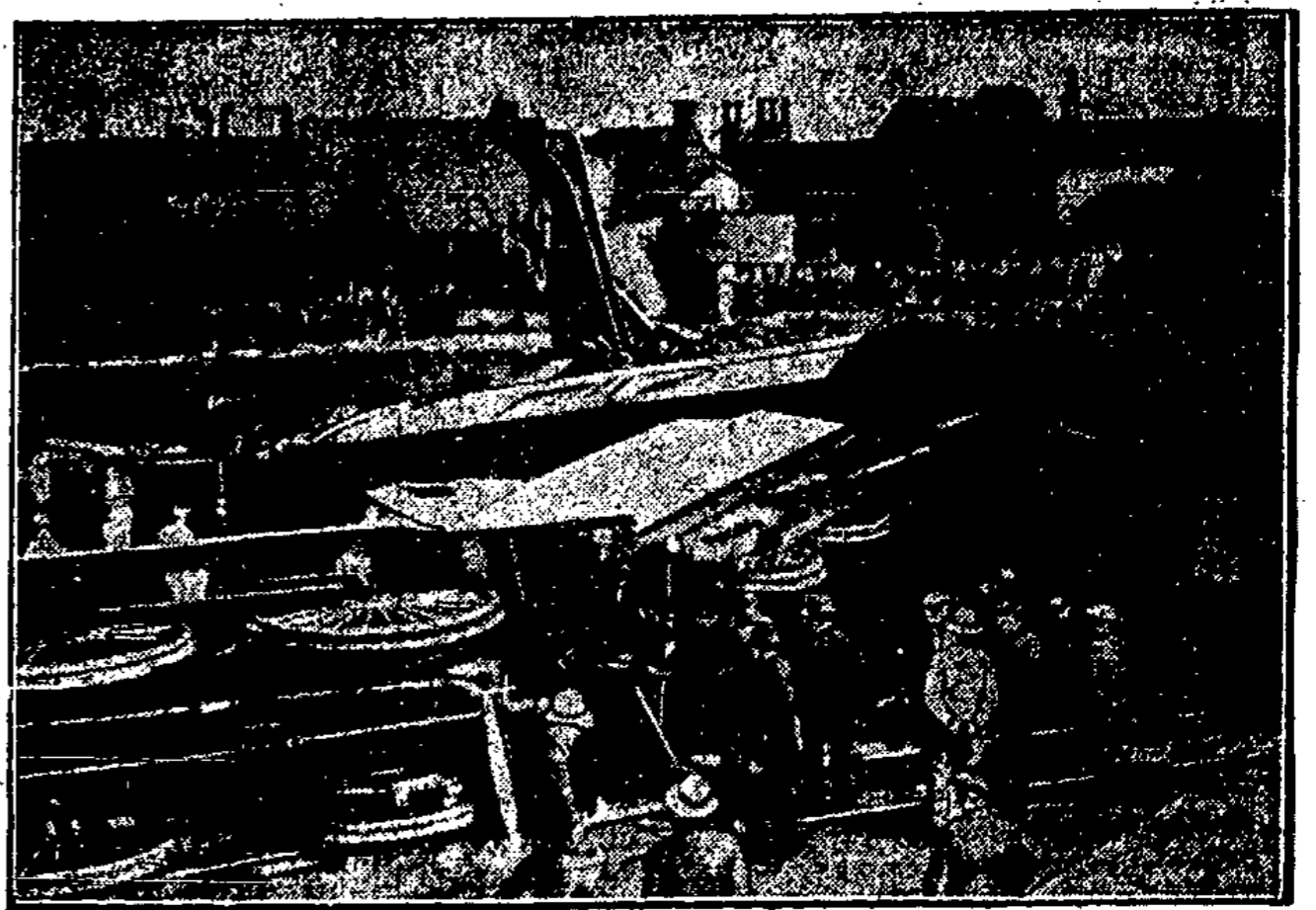
aus dem Wagen zu steigen. Er set dann zwei bis drei Kilometer die Chaussee weiter hinuntergefahren. Zurückgelehrt sagt Ripnid zynisch: „Ich habe einen im Graben“.

Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er diese Darstellung nicht von allem Anfang an gemacht hätte, antwortete Saffran: weil er geglaubt habe, durch sein Schwelgen Ripnid retten zu können. Im Kontor des Schwiegervaters wurde die Leiche als Saffran ausstaffiert. Seine Uhr und Siegelring wurden ihr angelegt und sein Schlüsselbund in die Tasche gesteckt, dann besprengten die beiden die Partierteräume mit 50 Liter Benzol. Das Feuer hat Ripnid angezündet, während Saffran und die Angeklagte Augustin in eine Konditorei geflüchtet seien. Mit einem Auto flohen sie dann nach Berlin, wo sie bei einem Bruder der Augustin, dem Zimmermann Johann Augustin Wohnung nahmen.

(Die Verhandlung geht weiter.)

### Bildtelegramm vom entgleisten Schottlandexpress

Unser Bild zeigt die Rettungsmannschaften kurz nach dem Eisenbahnunglück, von dem wir untenstehend ausführlicher berichten.



„Royal Scot“, der schnellste Zug der Welt, entgleist

## Eisenbahnunglück in Schottland

### 6 Todesopfer — 3 Schwerverletzte — Rettungsarbeiten beim Jackellschein

London, 23. März. Ein folgenschweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Sonntag früh bei der Station Beighton-Duggard, wo der Schottlandexpress, der als einer der schnellsten Züge der Welt gilt, auf der Fahrt nach Edinburgh entgleiste. Nach den bisherigen Feststellungen sind sechs Tote zu beklagen, unter ihnen der Lokomotivführer und der Feizer, 15 Personen wurden verletzt, darunter 3 lebensgefährlich.

Bei dem Unglück stürzten die Lokomotive und vier weitere Wagen um und sprangen aus den Gleisen. Der dritte und vierte Wagen hatten sich in den zweiten Wagen hineingehoben. Die ganze Nacht über waren Rettungsmannschaften im Schein von Petroleumlampen eifrig mit den Aufräumarbeiten beschäftigt. Einen qualvollen Tod hatte der

Feizer des Zuges, der unter der umgestürzten Lokomotive eingeklemmt war, aber infolge des ausströmenden Dampfes nicht befreit werden konnte. Der Bahnhof blieb zeitweise einem Operationsaal, da zahlreiche Operationen sofort ausgeführt werden mußten. Die Ursache dieser furchtbaren Katastrophe ist nach offizieller Meldung angeblich noch nicht bekannt.

### Verkehrsflugzeug mit acht Personen vermißt

Ein Verkehrsflugzeug mit sechs Fahrgästen und zwei Piloten wird nach einer Meldung aus Sydney seit Sonnabend mittag vermißt. Es war auf der Fahrt von Sydney nach Melbourne in einen Sturm geraten. Sieben Flugzeuge haben die Suche nach dem vermißten Flugzeug aufgenommen, doch bisher noch keine Spur entdecken können.

### 351 Millionen Menschen in Indien

Die Volkszählung, die im Februar in Indien durchgeführt wurde, hat ergeben, daß sich die Bevölkerung in den letzten zehn Jahren um 32 508 209 auf 351 450 689 Menschen vermehrt hat. Das ist die Macht, die einst nach Verheerung religiöser Aberglaubens und ghandischer Menschheitsbeglückungsphrasen dem räuberischen britischen Imperialismus den Gnadenstoß verfehlte.

### Aushebung bayerischer Bierlokale in Neuyork

Die Neuyorker Prohibition-Beamten haben sieben der bekannten Bierlokale im deutschen Viertel von Neuyork ausgehoben. Dreizehn Personen wurden verhaftet und 109 Faß Bier beschlagnahmt. Das kommt davon, wenn man so geizig mit Schmiergeldern ist.

### Dichter Nebel an der Wasserkante

Seit Sonntag ist an der Wasserkante starker Nebel, der jeden Schiffsverkehr auf der Unterelbe unterbindet. Auf der Elbe, der Weser sowie in der Nordsee haben sich infolge des Nebels verschiedene Schiffsunglücke ereignet.

### Chaplin in Paris eingetroffen

Charlie Chaplin ist am Sonntag mittag von Venedig kommend in Paris eingetroffen, wo er ebenfalls wie in Berlin, London und Wien von einer vieltausendköpfigen Menge begeistert begrüßt wurde.

### Deutsche Arbeiter aus der Sowjetunion:

## „Gummiknüppel? Kommt hier gar nicht in Frage...“

Pawlowsk, 6. 3. 31.

Lieber Genosse Max! Deinen Brief erhalten, besten Dank! Wir sind alle noch gesund und hoffen von Dir und Deiner Familie das gleiche. Du schreibst, Du hättest nicht gedacht, daß ich Dir schreiben werde? Bin ich denn ein Genosse, der sein Wort nicht hält? Oder habe ich mir etwas zuschulden kommen lassen in der roten Hilfe? Ich glaube wohl nicht, denn ich arbeite hier genau so für die rote Hilfe, wie in Deutschland. Wir Deutschen bezahlen 60 Ropelen und die russischen Genossen bezahlen nur 30 Ropelen im Vierteljahr.

Vor ein paar Tagen war in Leningrad eine rote Hilfe-Kundgebung. Über ich kann Dir sagen: so etwas habe ich noch nicht erlebt! Unser alter Wilhelm Pried war auch da. Rausch Dir ja denken, wie er von den deutschen Genossen empfangen wurde! Er hat sich mächtig gefreut über seine deutschen Genossen. Man muß aber auch immer wieder betonen: wir arbeiten hier mit den russischen Genossen Hand in Hand, nur daß wir aus noch nicht so recht verständigen können, denn es ist nicht so einfach, die Sprache zu erlernen. Aber wir nehmen ja Unterricht, alle fünf Tage ein bis anderthalb Stunden. Unentgeltlich natürlich. Wir sind hier mit fünf Familien und haben aus einem Privatlehrer genommen für 50 Ropelen die Stunde, da kostet man es noch kleiner.

Ich arbeite jetzt auf der Baltischen Werft. Wir bauen Schiffskessel und Dampfessel. Um 4 Uhr morgens fangen wir an und machen um 4 Uhr Feierabend, mit einer Stunde Pause. Jeder fünfte Tag ist frei. Wohnen tun wir jetzt in einem Vorort von Leningrad, wo früher der Jar gehaust hat. Du schreibst, daß die Nazis jetzt auch in Hennigsdorf sich mächtig machen. Ja, zum Teufel, wie kann das angehen? Seid Ihr denn nicht mehr auf dem Kien? Und der Gummiknüppel? Kommt hier in der Sowjetunion für uns natürlich gar nicht in Frage.

Ich will jetzt schließen und hoffen, daß Ihr wahr macht, was Wilhelm Pried in unserer Versammlung gesagt hat, nämlich daß Ihr alles dransehen wollt, Euren Kampf in Deutschland zu einem kriegreichen Ende zu führen. Ein andermal mehr. Herzlichst Gue!

Georg Krenzle, Pawlowsk-Schlucht, Derewenskaja 17  
bei Leningrad, UdSSR.

### Farm in Flammen

#### Sieben Personen verbrannt

Newark, 23. März. In Holderness im amerikanischen Staat New Hampshire brannte das Anwesen eines Farmers nieder. Dabei kamen sieben von den siebenjährigen Kindern des Farmerhepaares um. Die Eltern konnten im letzten Augenblick noch gerettet werden. Das gesamte Anwesen wurde ein Raub der Flammen.



# Die „Pravda“ zur 60-Jahrfeier der Pariser Kommune

In einem „Es lebe die Kommune, es lebe die Sowjetunion“ betitelten Artikel schreibt die „Pravda“ zum 60. Jahrestag der Pariser Kommune:

„Die Mühlen der Revolution mahlen gut. Vor sechzig Jahren entstand das Urbild der proletarischen Diktatur. Heute besteht der erste proletarische Staat der Welt bereits seit 14 Jahren. Vor zwölf Jahren wurde die III. Internationale, die kommunistische Internationale gegründet. Wenn wir den von unserer Klasse zurückgelegten Weg von der Pariser Kommune bis zur Vollendung des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft in der Sowjetunion, von den ersten schättesten sozialistischen Maßnahmen der siegreichen Pariser Proletarier bis zur Ausführung des Fünfjahresplanes in vier Jahren (und was die ausschlaggebenden Industriezweige betrifft, in drei Jahren), von dem glorreichen kleinen Häuflein revolutionärer Kämpfer, die in der Internationalen Arbeiter-Assoziation vereint waren, bis zu den Massenaktionen der kommunistischen Internationale betrachten, so erstarkt im hellsten Lichte der siegreiche Vormarsch unserer aufwärtsstrebenden Klasse zu einer glänzenden sozialistischen Zukunft, die bei uns in der Sowjetunion schon Wirklichkeit wird.“

Die Weltwirtschaftskrise wächst in eine politische Krise hinüber und in manchen Ländern ist sie bereits in eine politische Krise hinübergewachsen. In einer Reihe Kolonialländer hat der Aufschwung bereits zu Aufständen, zum bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus geführt. In einzelnen europäischen Ländern formieren sich die Klassen bereits zum Entfesselungskampf.

Die internationale Bourgeoisie verzweifelt einen Ausweg aus der Krise suchend, bewaffnet sich gegen die Sowjetunion, gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, gegen den nationalen Freiheitskampf der Vorkolonien, um gegen sie den Todesstoß zu führen. Sie mobilisiert ihre letzten Reserven, den Faschismus und Sozialfaschismus in den imperialistischen Ländern sowie die bürgerlich-feudale Konterrevolution und den National-Reformismus in den kolonialen Ländern.

Mit raschen Schritten naht der Zeitpunkt neuer, entscheidender Kämpfe. Zwischen dem Lager der Revolution und dem Lager der Konterrevolution wogt der Kampf um die Massen. Um in diesem Kampfe zu siegen, um das von den Pariser Kommunisten begonnene Werk zu Ende zu führen, um den Imperialismus, um seinen Faschistenbrigaden in den kapitalistischen Ländern und seiner eingeborenen bürgerlich-feudalen Agentur in den Kolonien ein Ende zu machen, führt die Weltpartei des Leninismus den Kampf um die Massen.

Die Stoßbrigade der internationalen Arbeiterklasse, das Proletariat der Sowjetunion, gestützt auf die Kollektivwirtschaften, verwirklicht den Fünfjahresplan, führt den Wirtschaftspläne seines dritten, entscheidendsten Abschnitts aus, festigt die Wehrfähigkeit des Sowjetlandes und erfüllt damit die Pflicht gegenüber seinen Klassenbrüdern aller Länder.

Noch gewaltige Schwierigkeiten stehen uns bevor in den Entfesselungskämpfen auf dem Wege zum endgültigen Siege unserer Klasse. Doch als die Pariser Kommune von der preußischen Konterrevolution durch Intervention, Schändlingsarbeit, Spionage geschlagen war, als Tausende gefallen waren, riefen die zum Tode verurteilten revolutionären Arbeiter trotz der Gewehre der Versailler: „Es lebe die Kommune!“ Heute aber ertönt in der ganzen Welt, in den Herzen von Millionen und aber Millionen Werktätiger der Ruf: „Es lebe die Kommune!“ — „Es lebe ihre Nachfolgerin, die Sowjetunion!“

## Bergarbeiterdemonstration in Charleroi

Brüssel, 23. März. (EP.) Eine Kundgebung belgischer Bergarbeiter und Metallarbeiter fand am Sonntag in der Gegend von Charleroi statt. Etwa 10.000 Arbeiter durchzogen die Straßen der Hauptstadt des Kohlenbeckens und protestierten gegen die Herabsetzung der Löhne sowie gegen die Arbeitslosigkeit.

# Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Copyright Walther Schulz Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 8.

1. Fortsetzung

Frau Böhmer

„Er hätte es nicht getan!“

Er nicht! Nämlich der hohe Herr Sachverständige, der Professor. Er hätte das nicht getan, was den praktischen Arzt dort auf die Anklagebank gebracht hatte, obwohl er nach Schluß der Beweisaufnahme, ersiehend offen und ehrlich, wie der ganze Mann war, zugeben mußte, daß der — man höre und staune — angeklagte Arzt seiner Patientin, der Frau Böhmer, durch die Unterbrechung der Schwangerschaft das Leben gerettet hätte.

Die gute Frau Böhmer sitzt auf der Zugsbank. Ein blaßes, blondes, ausgeliebertes Gesicht von circa 33 Jahren. Sie wirkt so richtig wie Tee zweiter Aufguss. Die mathematischen, umschatteten Augen liegen tief in den Höhlen. Eine heftige Röte flackert manchmal auf den Wangen. Auch die fahrigten Bewegungen dieses unglücklichen Wesens, das sich meist schüchtern an den breitschultrigen, neben ihr sitzenden Gatten anlehnt, zeigen die ungeheure innere Aufregung, in der sich diese Zeugin befindet.

Kein Wunder, Alles, was sie in ihrem Frauenleben durchgemacht hat an Schwerem, wird in dieser Verhandlung einmal ganz gründlich aufgerollt — mit jener Schonungslosigkeit, zu der der Drang, die Wahrheit zu finden, verpflichtet — deshalb wird Frau Böhmer förmlich visigiert, vorher gänzlich entleidet und hüllenlos dem Gericht serviert. Es war schauerhaft, dies mitzumachen, wenigstens für dritte, unbeteiligte Hörer. Aber es mußte ja wohl sein.

Die Beweisaufnahme ergibt: Frau Böhmer hätte überhaupt nicht heiraten sollen, es wurde ein Unglück für sie. Aber wie sich das nun mal so tut! Sie hatte nicht nur ihre etwas düsterrige Person zu vergeben, sondern auch noch einen ganz netten runden Hof von 120 Morgen, denn sie ist die einzige Tochter. Da hat

# Menjewitz-Division erzieht Oberbefehlshaber

Eine Division Tanking-Truppen an der Eisenbahnlinie Peking—Hankau zur Roten Armee übergegangen — Tschangkaifeks Feldzug gegen die Sowjets gescheitert

Peking, 23. März. An der Eisenbahnstrecke Peking—Hankau, auf dem Bahnhof Tschangkaifek, erziehen die Soldaten eines riesigen Militärlagers, in dem sich der Oberbefehlshaber der 33. Division der Tanking-Armee, General Tse-Gui-Schun mit seinem Stabe befand. Der General und sein Stab wurden gefangen genommen. Der General wurde von den meuternden Soldaten zum Tode verurteilt und händerechtlich erschossen. Die Division schloß sich einer in der Nähe befindlichen Truppe der Roten Armee an.

Die chinesische amtliche Telegraphen-Agentur Gonnin veröffentlicht eine Unterredung mit dem Marschall Tschangkaifek über den Kampf gegen den Kommunismus in China. Der Marschall erklärte, daß es trotz aller bisherigen Maßnahmen der Regierung den Kommunisten gelungen sei, eine starke Kampfruppe zu bilden, die von den Regierungstruppen nicht entzweit werden konnte. Die gesamten Operationen der Regierung seien jetzt auf die Provinz Kiangsi konzentriert. Der Befehlshaber der dortigen Truppen habe gemeldet, daß es gelungen sei, 4000 chinesische Kommunisten zu entwaffnen und zwei Städte zu besetzen.

Führende bürgerliche Wirtschaftler erklären:

# „Die Sowjetunion bläst unsere Luftschlöffer um“

„Von einem ‚Sowjetdumping‘ kann nicht gesprochen werden — Der Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird siegreich sein“

In Wien wurde die Mittlereuropäische Wirtschaftskonferenz abgeschlossen. Im Mittelpunkt ihrer Tagesordnung standen Beratungen über Maßnahmen gegen die Einfuhr sowjetischer Waren. Deutschland spielte auf dieser Konferenz eine führende Rolle und betätigte sich als Expeditör für eine Antisowjetfront der mittlereuropäischen Staaten. Zu konkreten Beschlüssen gelangte die Konferenz jedoch infolge der Gegenläufigkeit der vertretenen kapitalistischen Staaten untereinander nicht.

Bemerkenswert ist, daß auf der Konferenz eine geradezu panische Furcht der Kapitalisten aller Länder vor der wachsenden Kraft der Sowjetunion und der klar hervortretenden Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems über die zusammenbrechende bürgerliche Wirtschaft zum Ausdruck kam. Der Präsident der Ungarischen Landwirtschaftskammer, Graf Honos, führte aus:

„Von Sowjetdumping im wahren Sinne des Wortes kann nicht gesprochen werden. Das sowjetische Außenhandelsgeschäft scheint für die dortige Wirtschaftsentwicklung vorteilhaft zu sein. Aber die Preisbildung ist von ganz anderer volkswirtschaftlicher Struktur bestimmt, als in kapitalistischen Ländern. Dies ist eine ungeheure Gefahr, welche die kapitalistischen Länder erstens wirtschaftlich, zweitens politisch schwer bedroht.“

Die Frage der gemeinsamen Abwehr der Sowjetunion muß energig angefaßt und gelöst werden, sonst bauen wir Luftschlöffer, welche die Sowjetunion einfach umblasen wird.“

Unter ihresgleichen geben die Kapitalisten also zu, daß ihr ganzes Gerede vom „Sowjetdumping“ fauler Zauber ist.

erfunden, um insbesondere die hungernden bäuerlichen Massen gegen die Sowjetunion aufzupuffen. Ihr Feind ist das gesamte sozialistische System der Sowjetunion, das den Ausbeuteten der ganzen Welt zeigt, daß nur die Kapitalistenklasse die Schuld an Not und Elend trägt.

Der österreichische Bundeskanzler a. D. Streeruwitz machte bei seinen Bemühungen, die anwesenden Delegierten von der Notwendigkeit der Bildung einer festen Antisowjetfront zu überzeugen, folgendes Eingeständnis:

„Die Sowjetunion führt einen Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, und sie wird siegreich bleiben, wenn wir ihr das einzige bestreuen, das ihr noch fehlt, nämlich Maschinen zur Durchführung ihrer Industrialisierung.“

Der Volschrei hilft nichts: Die Kapitalisten laufen sich geradezu ihre Beine ab, um Aufträge von der Regierung der proletarischen Diktatur zu erhalten. Es hat sich ein heißer Konkurrenzkampf um solche Aufträge entsponnen. Der Kapitalismus ist bereits zu bankrott, um solche Aufträge aus antibolschewistischen Überlegungen heraus zurückzuweisen zu können. Darum gilt das Wort des Herrn Streeruwitz: Der Kampf der Sowjetunion und des internationalen Proletariats gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird siegreich sein!

## Gnadengeuche der Menjewitz abgelehnt

Moskau, 23. März. (TASS.) Nach Beendigung des Prozesses gegen das Unionsbüro der Menjewiten reichten alle Angeklagten dem Präsidium des 6. Mittelkongresses der UdSSR Gesuche um größtmögliche Milderung des Urteils ein. Das Präsidium des Kongresses überwies diese Gesuche dem Präsidium des Zentralkollektivkomitees der UdSSR, das die Gesuche ablehnte.

D. E. Hellingfors, 23. März. Vor dem Oberlandesgericht in Ab wurde das Prozeßverfahren gegen den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Rihimäki, einen Kommunisten, zu Ende geführt, der wegen staatsfeindlicher Umtriebe angeklagt war. Er wurde zu einer Zuchthausstrafe von 1½ Jahren verurteilt.

## Amerikanische Kapitalisten besuchen die Sowjetunion

New York, 23. März. Die Gesellschaft Amtorg hat den amerikanischen Industriellen die Einladung des obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion übermittelt, nach Moskau zu kommen, um dort die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu studieren. Die Reife der amerikanischen Industriellen wird voraussichtlich Ende Mai unter Führung Coopers stattfinden.

Wie denn der gute Heinrich zur Frau genommen. Dieser Idiot! (Womit nicht etwa gemeint sein soll, daß er geisteskrank wäre, im Gegenteil, er hat seine fünf Sinne ganz schön beisammen, er ist nur dumm in diesem einen Punkt gewesen.) Wenn er heute seine Stute zum Decken bringt, nimmt er den besten Hengst, den er kriegen kann. Gewiß! Er züchtet aber auch nicht mit einer Stute, die keinen Schuß Pulver wert ist! So hält er es mit seinem ganzen Vieh. Selbst die Ziege wird nur einem Bock zugeführt, der seine Mission im Auftrage des Landwirtschaftsministeriums erfüllt und hochnotpeinlich genau begutachtet worden ist, bevor er seine Anstellung erhält. Und die Ziege muß prima sein, sonst schlachte ich sie! Damals aber, als es sich darum handelte, für einen Mann, für meinen Heinrich, eine wirklich brauchbare, kräftige, gesunde Lebensgefährtin zu finden, da erlag Heinrich der Sucht nach Geld und Gut und nahm sich dies welche unbrauchbare Geschöpf.

Die Folgen blieben denn auch nicht aus. Die degenerierte Frau Böhmer setzte wohl mit Ach und Krach drei Kinder in die Welt, aber was waren das auch für mickrige, kümmerliche Gemächse! Zwei starben ganz jung mit 8 und 13 Monaten! Das dritte wuchs wohl heran, kam aber schon im vierten Jahre in eine Idiotenanstalt. Das ging natürlich an der unglücklichen Frau nicht ganz spurlos vorüber. Sie war an sich schon jedesmal in Lebensgefahr, wenn sie „focher“ Hoffnung war.

Daß die Frau in Schmerzen gebären muß, steht schon in der Bibel. Es steht aber dort nicht geschrieben, daß eine Frau monatelang, zwei bis drei Monate, 60 Tage, 90 Tage, Tag und Nacht brechen muß.

Frau Böhmer hatte nun bei allen Schwangerschaften an solchen schmerzhaften Stoffwechselförderungen zu leiden, an dieser, ihrer Herkunft nach, noch dunklen und unerforschten Krankheit, die man als unstillbares Erbrechen in der Schwangerschaft bezeichnet.

Noch vor 15 Jahren galt diese Krankheit nicht als klügelhafter Grund zur verantwortlichen Unterbrechung. Jetzt hat sich die Ansicht darüber einigermaßen gewandelt. Es ist aber immer noch ein Babanquetpiel. Zwei Sachverständige haben drei verschiedene Meinungen darüber.

Deshalb hatte der angeklagte Arzt der Frau Böhmer einige Chancen, freigesprochen zu werden. Da war aber eine große

liche Situation plötzlich zutage getreten. Die Frau Böhmer war nämlich zuerst nicht von ihm behandelt worden, sondern sie wurde von ihrem Hausarzt zu eben jenem Sachverständigen geschickt, der jetzt dem Gericht seine wissenschaftliche Meinung verpackte.

Dieser Mann war nicht etwa ein schlechter Mensch, nur ein Prinzipienreiter, und da er nun einmal das Prinzip aufgestellt hatte, jedes derartige Erbrechen ist heilbar, wenn man so eine Frau nur fest ins Bett legt und sachgemäß ernährt, — so sprach er dem angeklagten Kollegen einfach das Recht ab, die Unterbrechung vorzunehmen. Die Frau Böhmer hatte sich vier Wochen lang von ihm in seiner Klinik behandeln lassen. Vorher hatte sie eine Menge von Fünfen abgenommen. Als er sie dann auf ihr Drängen entließ, war angeblich die Gewichtsabnahme zum Stillstand gekommen, und vor allem hatte die Frau aufgehört mit Brechen.

Lehteres stimmte nun schon gar nicht, sondern die Frau Böhmer hatte nur heimlich auf der Toilette gebrochen, weil sie entlassen werden wollte. Sie hielt das einfach nicht mehr aus! Zu Hause verlor die Wirkkraft, und sie mußte hier im Bett liegen! Sie bekam ja doch keine richtige Hilfe. Sie hatte natürlich immer gehofft, der Professor würde ihr diese unerwünschte sinnlose Schwangerschaft abnehmen. Unerwünscht? Natürlich! So ein primitiver Mensch vermag es natürlich nicht einzusehen, daß es sinnvoller ist, Idioten unter Qualen auszutragen und zu gebären, und lebensunfähige Kinder, die nach ein paar Wochen sterben. So etwas muß man sich erst von einem Sachverständigen vor Gericht beweisen lassen. Der und der Staatsanwalt vermögen haarstarr Narzumachen, daß das fitzisch ist und nützlich für den Staat und die Familie und für das arme Weib, das zu solcher Sisyphus-Arbeit verdammt ist!

Gegen diesen Blödsinn empört sich das natürliche Empfinden in dieser Frau. Sie fährt daher nach Hause zurück (sie hat übrigens immer noch etwas abgenommen, die Schwefel hat nur etwas freundlich gewogen) und sucht dann noch einen anderen Arzt auf. Der mag sich aber mit ihr nicht befassen, er flüchtet eine Karambolage mit dem Herrn Professor, dem künftigen gerichtlichen Sachverständigen (+++), der natürlich totbedeutend ist, weil ihm die Frau weghef. Wer frunt sich heute darüber, wenn er einen Privatpatienten perliert.

(Fortsetzung folgt)



# Waldenburger Bergland

Zimmer neue Beweise der Steigerung des Lohnraubs über 6 Prozent hinaus

## 45 Pfg. pro Tag und Kopf zum Lebensunterhalt

Die Antwort darauf muß sein: Rote Betriebsräte — Mobilisierung zum Kampf

Ein Waldenburger Nebertagearbeiter verdiente im Monat Januar einschließlich Kindergeld 135,10 Mark. Teilen wir nun den Verdienst des Betroffenen auf:

21,56	Mark	Beiträge
10,00	"	Miete
2,00	"	Vollfürsorge
10,00	"	Möbel
5,00	"	Schuhmacher
1,60	"	Verband
1,20	"	Zeitung

51,36 Mark

Gesamtverdienst . . . . . 135,10 Mark

Beiträge und die notwendigen Ausgaben . . . 51,36 "

83,88 Mark

Monat Januar 31 Tage, also 83,88 : 31 = 2,70 Mark rund.

2,70 Mark pro Tag für fünf Personen ergibt pro Person 64 Pfennig. Das ist das „fürsichtige“ Einkommen für schwere Nebertagearbeit bei neunständiger Arbeitszeit vor dem Lohnabbau.

Derselbe Arbeiter verdiente im Monat insgesamt 110,94 Mark. Wir teilen ebenfalls auf:

17,32	Mark	Beiträge
10,00	"	Miete
2,00	"	Vollfürsorge
10,00	"	Möbel
5,00	"	Schuhmacher
1,60	"	Verband
1,20	"	Zeitung

47,12 Mark

Gesamtverdienst . . . . . 110,94 Mark

Beiträge und die notwendigen Ausgaben . . . 47,12 "

63,82 Mark

Monat Februar 28 Tage, also 63,82 : 28 = 2,28 Mark.

## 2,28 Mark pro Tag für fünf Personen ergibt pro Person rund 45 Pfennig

Ziel dieser Rechnung sind nicht einmal berücksichtigt ganz notwendige Neuanschaffungen, und jede einzelne Mark, die dazu verwendet wird, muß von diesen fünfmal 45 Pfennig abgebildet werden. Es ist durchaus nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß der größte Teil der Arbeiter in Lumpen gekleidet geht.

Rechnen sich die Gewerkschaftsbeamten mit ihren fetten Gehältern (A. Is. Hoffmann) ein Gewissen? Nein! Schamlos raubten sie mit den Unternehmern dieser Familie täglich noch von dem Hungerlohn fünfmal 9 Pfennig, also ein Brot. Dieser Verrat, dieser Mundraub darf nicht ungesühnt bleiben. Die runden Wenzgen brauchen die Kammer nur als Stimmzettel, um danach weiter mit den „notleidenden“ Industriehäusern zu handeln.

Kameraden! Quittiert die nächsten Tage zur Betriebsratswahl. Keine Stimme einem Funktionär, der keine Zustimmung zum Lohnraub gab.

Wählt rote Betriebsräte!

# Niederschlesien

## Wumag-Proleten! Keine Stimme den reformistischen Betriebsräten

Görlitz. In der Wumag, Abteilung Gestellbau, schreitet die Nationalisierung munter weiter auf Kosten der Arbeiter. Nicht nur, daß diese den Unternehmern mehr Profite einbringt, nein, auch die Arbeiter „produzieren“ etwas durch die Arbeit, nämlich Krankheit und Sterben. Seit längerer Zeit sind schon mehrere Arbeiter abgestorben, denn warum Arbeiter beschäftigen, wenn die Technik Fortschritte macht? Es wird in dieser Abteilung, trotz des Protestes der Kollegen, das Spritzverfahren angewendet, welches durch den feinen Farbschleim, welcher die Luft der ganzen Halle derartig verpestet, daß hundert Menschen gezwungen sind, diesen Pestilenzgeruch täglich einzusaugen und dadurch ihre Gesundheit zu ruinieren.

Nicht genug, daß bereits eine ganze Anzahl von Kollegen schon jahrelang schwer krank sind, sollen auch noch die übrigen soweit geschädigt werden, damit die 20 Millionen Reichden, welche noch Anfang der Unternehmung in Deutschland „zusiel“ sind, desto schneller auf die Freizeidner auswandern. Es gab eine Zeit, in der sich die Gewerkschaften besonders gegen die Verwendung der Bleifarben einsetzten, aber diese Zeiten sind längst schon vorbei, da sie ja nicht mehr die Interessenvertreter der Arbeiter sind.

Wie lange noch wollen sich die Kollegen einen derartigen Raub von ihrer Gesundheit gefallen lassen? Es ist höchste Zeit, daß sich die Kollegen auf sich selbst besinnen und Schluß machen mit diesen Rationalisierungsmethoden auf Kosten der Arbeiter.

Überlegt euch, wenn ihr nicht mehr genügend kauftes Lohnt und der Unternehmer an euch nichts mehr verdient, aber nicht genügend frant und Leud leud, bekommt ihr den Überweilungsschein, nicht etwa nach einem Sanatorium oder Erholungsheim, nein, ihr werdet überwiegen nach dem der Görlitzer Arbeiterkassette so gut bekannten Cobbin-Werk.

Wohlt ihr das?

Wumag-Arbeiter! Nächste Woche finden bei euch die Betriebsratswahlen statt. Viele von euch sind mit der Arbeit der letzten Betriebsräte nicht einverstanden, viele erkannten, daß ihre Handlungsweise nicht richtig war, daß sie sich meistens zugunsten der Proleten ausgesprochen hat. Wenn die RGO. auch dieses Mal noch keine rote Einheitsliste aufgestellt hat, so müßt ihr, die ihr nicht mehr gemüht seid, länger eure Stimme den reformistischen Betriebsräten zu geben, auf dem Stimmzettel die vorhandenen Namen durchstreichen und den Zettel mit dem Wort „Opposition“ versehen. Ihr bringt damit zum Ausdruck, daß eine Veränderung der Betriebsratsfähigkeit im Gegensatz zu der erzielten in Zukunft herbeigeführt werden muß. Nicht stille Täuflung, sondern klare Entscheidung!

## Oberbürgermeister Wiesner gestorben

Am Sonntag früh verstarb in Görlitz der Oberbürgermeister Dr. Wiesner infolge Herzschwäche, die nach einer Operation eintrat. Oberbürgermeister Dr. Wiesner fand im 47. Lebensjahre am 1. März 1930 als 2. Bürgermeister nach Görlitz. Am 1. Oktober 1928 übernahm er das Amt des Oberbürgermeisters.

## An alle Mieter!

Nach der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 im siebenten Teil, Kapitel IV, Artikel III (Reichsgesetzblatt 1, S. 688) müssen alle Mieter, welche Anspruch auf die gesetzliche Miete erheben, ihrem Vermieter schriftlich bis zum 31. März 1931 die gesetzliche Miete erklärt haben. Wer diese Erklärung noch nicht abgegeben hat, muß dies unbedingt sofort tun. Nach dem 31. März bei dem Vermieter eingehende Erklärungen sind unzulässig. Die dauernde Zahlung der gesetzlichen Miete ohne eine schriftliche Erklärung stellt keine gesetzliche Miete im Sinne des Reichsmietengesetzes dar, wie auch das Reichsgericht in ganz neuerer Zeit entschieden hat.

Die Erklärungen der Hausbesitzervereine, daß die schriftliche Erklärung aus § 1 des Reichsmietengesetzes gegenstandslos sei und einen sogenannten Untreueparagrafen führe, kann in umgekehrtem Sinne nur auf die Hausbesitzer Anwendung finden, welche über die gesetzliche Miete hinaus Zuschläge erheben, die ihnen keinesfalls zustehen.

Auskunft in dieser Angelegenheit wird im Büro der RGO., Scheuerstraße 2, erteilt, soweit Unklarheiten bestehen.

## Braune Mordpest in Wüstegiersdorf

Waldenburg. Die gesamte bürgerliche Presse verbreitet wieder mal völlig erlogene Berichte über einen angeblichen Kommunistenüberfall in Wüstegiersdorf. Nicht weniger als 800 bis 400 unserer Genossen sollen daran beteiligt gewesen sein.

## „Dredwacht“ heuchelt Mitleid mit verurteilten Kommunisten

Zweck der Heuchelei: Die verhaftete Rote Hilfe verleumden zu können

„Ohne Verteidiger vor Gericht.“ Unter dieser Überschrift glaubt die „Dredwacht“ in Waldenburg wieder mal der verhafteten „Roten Hilfe“ ein auszuweichen zu können, weil diese angeblich Arbeiter im Stich gelassen habe. Es handelt sich um einen Prozeß gegen einige Langenbielauer Arbeiter, die in 1. Instanz durch einen Rechtsanwalt verteidigt wurden. Rechtsanwalt Dr. Gottschalk hat inzwischen eine längere Reise nach Rußland angetreten und den Rechtsanwalt Joseph mit der Vertretung beauftragt. Dieser hat das Gericht benachrichtigt, daß ihm das Erscheinen unmöglich sei. Die Schweidnitzer Klassenrichter haben keine Notiz davon genommen. Sie haben zwar zwei Stunden über den von den Angeklagten gestellten Antrag verhandelt, ihn aber abgelehnt, und die Langenbielauer Proleten verurteilt. Selbst wenn es so gewesen wäre, wie die „Dredwacht“ behauptet, dann hätte sie die Pflicht gehabt, wenn sie ein Arbeiterblatt sein will, die Justiz anzugreifen. Denn wenn es Nazis gewesen wären, hätte die Justiz bestimmt nicht ohne Verteidiger verhandelt.

Über weiß die „Dredwacht“ kein Arbeiter-, sondern ein ausgeprochenes Gelbblatt ist, deshalb wird nicht das ungeheuerliche

Die Verlogenheit drückt sich schon darin aus, daß trotz dieser großen Zahl Kommunisten es den Nordbanditen gelungen ist, mehrere Kommunisten schwer zu verletzen. In Wirklichkeit war es so, daß die Nazis eine Versammlung einberufen hatten, zu der aber nur revolutionäre Arbeiter erschienen waren, so daß die Polizei die Versammlung verbot.

Die versammelten Arbeiter bildeten darauf einen wichtigen Demonstrationzug. Als kurze Zeit darauf von auswärts die berüchtigte Sturmabteilung Nr. 18 anrückte, verlangten die Arbeiter den Abzug dieser Mordabteilung. Und sie mußte auch abziehen. Unterwegs erteilte der Führer der Abteilung den Befehl zum Ueberfall. Mit Messern und sonstigen Mordwerkzeugen stießen sie über die Arbeiter her und verletzten eine Anzahl unserer Genossen. Diese setzten sich tapfer zur Wehr, so daß natürlich auch von den Nazis ein Teil für den Ueberfall büßen mußte. Einer von ihnen kam ins Krankenhaus, sechs Verletzte nahmen sie mit.

## Freiburg

Volksbund für Mutter- und Jugendhygiene, Ortsgruppe Freiburg  
Dienstag, den 24. März, 20 Uhr, im „Grünen Baum“, Mitgliederversammlung mit Vortrag. Wahl eines Schriftführers und der Delegierten zur Generalversammlung. Alles erscheinen.

## Schweidnitz

### Kampf gegen den Faschismus hinterm Ofen

Stephanshain. U. R. Wie wenig die SPD. im Ernst daran denkt, den Faschismus zu bekämpfen, beweist folgender Vorfall: Die Nazis hatten hier zum 18. März eine öffentliche Versammlung einberufen. Um zu verhindern, daß die SPD-Arbeiter in die Nazisversammlung gehen, rief der hiesige SPD-Führer am gleichen Tage eine Mitgliederversammlung ein, von der er aber erst kurz vor der Nazisversammlung die Mitglieder unterrichtete. Also: amstatt die Arbeiter zum Kampf gegen die Faschisten zu mobilisieren, werden sie hinter den Ofen gelockt, denn die Mitgliederversammlungen der SPD. sind ja meistens nichts weiter als gemütliche Abendes.

Die SPD-Arbeiter aber, die wirklich ernsthaft gegen den Faschismus kämpfen wollen, mögen daraus die Lehre ziehen: Ginein in die SPD. und den Kampfbund!

## „Dredwacht“ heuchelt Mitleid mit verurteilten Kommunisten

Zweck der Heuchelei: Die verhaftete Rote Hilfe verleumden zu können

Verhalten der Justiz angegriffen, sondern die Dredwachtler wird gegen die „Rote Hilfe“ in Bewegung gesetzt. Sie glaubt, die kommunistische Partei und die „Rote Hilfe“ durch verlogene Berichte diskreditieren zu können. Die Arbeiter aber wissen, was sie von den Redakteuren und den Zeitungen der Panzerkreuzerpartei zu halten haben.

Wir erinnern nur an den Schulz-Prozeß, um zu zeigen, in welcher gemeinen und infamen Weise die „Dredwacht“ gegen die Arbeiter gehetzt hat, wir erinnern daran, wieviel Arbeiter durch die Taktik des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Werber den Klassenrichtern zum Opfer gefallen sind. Die Arbeiterschaft wird auch nie vergessen, an das Hungenauer Blutbad vom 22. August und an den Kronzeugen, den SPD-Landrat Köhne, der in dem Prozeß gegen die Hungenauer Arbeiter eine große Rolle spielte.

Die gesamte Arbeiterschaft wird der „Dredwacht“ die beste Antwort erteilen, indem sie noch mehr als bisher der kommunistischen Partei und der „Roten Hilfe“ zuströmt, um sie zur stärksten Organisation gegen den Faschismus, gegen das Klassengericht auszubauen.

Geldstrafe von 150 Mark umzuwandeln. Es stellte sich nämlich heraus, daß die Behauptung über den Gemeindevorsteher, die zu seiner ersten Bestrafung geführt hatte, doch wahr war.

Angeht dies die Tatsache muß die trotzdem jetzt erfolgte Verurteilung als unerhört bezeichnet werden. Selbst wenn der Angeklagte in seinen Eingaben vielleicht zu weit gegangen war, so war er doch durch seine zu Unrecht erfolgte Verurteilung dazu gereizt worden. Der Fall zeigt aber, daß der Kampf gegen die Justiz nur als Klasse gegen Klasse geführt werden kann. Die Justiz ist eben ein Instrument der bestehenden Klasse und sie kann nur beseitigt werden durch die Vernichtung der bestehenden Klasse.

## Der Hungerbarometer —

### 2340 Frauen erwerbslos

Die Zahl der Erwerbslosen nimmt nicht etwa, wie mancher Prolet gehofft hat, ab, sondern steigt weiter. Im Stadtbezirk ist die Zahl der „Leberflüssigen“ auf 9088 gestiegen. Darunter befinden sich nicht weniger als 2340 Frauen. Diese Zahlen reden eine Sprache von Elend und Not, die endlich auch den letzten noch abseits stehenden Proleten die Augen öffnen sollte über das, was die Stunde geschlagen hat. Immer mehr Hunger immer mehr Elend, so geht es Tag um Tag.

Deshalb hinweg mit aller Passivität. Mühen und organisieren zum Kampf, etwas anderes kann es für die Proleten nicht mehr geben.

## SPD-Landrat Köhne läßt seine „Ehre“ für 100 Mark reparieren

Genosse Brodde steht zu seinen Worten

Wald. Am vorigen Donnerstag hatte sich vor dem Großen Schöffengericht in Wald der Genosse Brodde wegen angeblicher Beleidigung des „berühmten“ SPD-Landrats Köhne in Dungsau zu verantworten. Während der Reichstagswahlen hatte unser Genosse in einer Versammlung das Verhalten des sozialfaschistischen Köhne bei dem bekannten Blutbad am 21. August 1930 einer Kritik unterzogen, wie sie nicht nur unter den kommunistischen Arbeitern als hundertprozentig berechtigt anerkannt wird, sondern auch von sehr vielen sozialdemokratischen Arbeitern. Er hatte bei dieser Kritik auch das Wort Arbeitermörder gebraucht. Durch Spione, die Herr Köhne in die Versammlung entsandt hatte, hatte er sich den Namen notieren lassen und glaubte nun, die Klassenjustiz zur Reparatur seines angegriffenen berühmten Namens in Anspruch nehmen zu müssen.

Genosse Brodde nahm in der Verhandlung die Stellung ein, die für einen Klassenkämpfer in diesem Falle selbstverständlich ist. Er fühlte sich nicht im geringsten als Angeklagter, sondern brachte einmütig zum Ausdruck, daß seine zur „Anlage“ gehende Charakteristik des Herrn Köhne durchaus seiner Ueberzeugung entspreche und er daher davon nichts zurückzunehmen habe.

Der Anklagevertreter, der natürlich in Herrn Köhne einen ausgezeichneten Sachwalter der Bourgeoisie erblickte, hielt es für seine Pflicht, die Anerkennung für diese Tatsache in der Beantwortung einer vierzehntägigen Gefängnisstrafe

zu manifestieren. Genosse Brodde ließ in seiner Erwiderung dem Herrn Staatsanwalt keinen Zweifel darüber, daß er sich als Kommunist durch solche Strafanträge nicht im mindesten beirren lassen wird, weiterhin Leute, die so wie Köhne gehandelt, auch so zu bezeichnen wie es das Proletariat für richtig hält.

Das Gericht hielt die „Ehre“ des Herrn Köhne nicht für ganz so wertvoll wie der Staatsanwalt. Es verurteilte den Genossen Brodde nur zu einer Geldstrafe von 100 Mark. Die „Ehre“ des Herrn Köhne wäre demnach wieder repariert. Aber erstens wird Herr Köhne selbst an dieser Reparatur wenig Freude haben, zweitens wird von seiner Schuld an jenem in die Geschichte eingegangenen blutigen 21. August nichts gemindert, und drittens wird durch dieses Urteil nicht das mindeste an dem Urteil geändert, das über ihn bereits gefällt ist, nicht nur von den Kommunisten, sondern auch von aller ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern.

## Girchberg

### Verhafteter Lohngeblaub.

Eintreter statten in der Nacht zum Freitag der Concordia-Spinnerei und Weberei AG. einen Besuch ab. Sie drangen in das Lohnbüro ein, um vermurkelt die am Freitag zur A. -ahlung gelangenden Lohngehälter zu rauben. Sie mußten aber in ihrem Vorhaben durch den Wächter gestört worden sein, denn sie ergriffen ohne Heute die Flucht.



Nieder mit dem Kulturfaschismus!

## Inflizterror gegen proletarische Kulturbestrebungen

Einer der Führer des deutschen revolutionären Arbeitertheaters, der Genosse Maxim Gallatin, wurde auf Grund falscher Zeugenaussagen von der Klassenjustiz angeblich wegen „gemeinschaftlicher Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und einer Geldbuße von etwa 1000 Mark verurteilt.

Dieses Urteil richtet sich gegen die gesamte Agitationsbewegung und das revolutionäre Arbeitertheater, dem man einen seiner wichtigsten Funktionäre nehmen will. Dem Staatsanwalt genügt diese Strafe nicht, er hat Berufung eingelegt. In der kommenden Woche findet eine neue Verhandlung statt. Dieser Prozeß reiht sich als ein würdiges Glied in die Kette der Verfolgungen ein, die in letzter Zeit auf den bekannten Wirt in Würzburg gegen alle proletarischen Kulturbestrebungen eingesetzt haben.

Die Bundesleitung des Arbeitertheaterbundes Deutschlands e. V. protestiert gegen dieses Terrorurteil. Der A.B.D. wird alles daran setzen, die Massen auf diesen neuerlichen Justizskandal hinzuweisen und sie mit verschärfter Kraft für den Kampf gegen Klassenjustiz und Kulturfaschismus zu mobilisieren.

Arbeitertheaterbund Deutschlands e. V.  
Die Bundesleitung.

## Polizeiüberfall auf antifaschistische Kampftongresse

München, 23. März. Als Antwort auf den wachsenden antifaschistischen Kampfwillen der bayerischen Arbeiter- und Jungarbeiterchaft hat die Polizei am gestrigen Sonntag unter riesigem Polizeiaufgebot den in Würzburg tagenden Kampftongress gegen den Faschismus und den in Nürnberg tagenden Kampftongress des kommunistischen Jugendverbandes überfallen und sämtliche Teilnehmer verhaftet. Nach der polizeilichen Vernehmung wurde der größte Teil der Defegierten wieder freigelassen, während einige Teilnehmer des Würzburger Kongresses in Haft behalten wurden.

## Abramowitsch als Winkelprophez

Diskussionsredner durch Schupo mißhandelt

Stettin, 23. März (E. B.) Am Sonntag sprach der Menschewist Abramowitsch in einer Versammlung der Sozialfaschisten über das Thema „Faschismus und Bolschewismus“. Die Versammlung nahm einen sehr unruhigen Verlauf, da sich die Arbeiter die antibolschewistischen Hegeleien eines krankhaften Gehirns nicht gefallen lassen wollten. Unter anderem betätigte sich Abramowitsch als Prophet, indem er verkündete, daß im Ablauf eines Jahres in der kapitalistischen Welt die Erwerbslosigkeit verschwinden und die Wirtschaft wieder in Ordnung sei. Damit würden die Argumente der Kommunisten, daß nur die Sowjetunion den Ausweg zeige, in sich zusammenbrechen. Armer Teufel! Welche Angst Abramowitsch vor einer Diskussion hatte, das zeigte sich nachher; als unser Genosse Wiesner, der als Diskussionsredner angemeldet war, einen Zwischenruf machte, wurde er von einem Schupo-Kollonnanne überfallen, mißhandelt und aus dem Saal herausgeschleift.

## Um das Lichtspielgesetz

Debatte im Reichstag

Die Montagssitzung des Reichstags war fast vollständig mit Abstimmungen ausgefüllt. Eine fürge Debatte gab es lediglich über den sozialdemokratischen Antrag auf Änderung des Lichtspielgesetzes, wonach verbotene Filme das Recht auf Zulassung in geschlossenen Veranstaltungen erhalten müssen. Genosse Lorange führte aus, daß dieser Antrag dazu diene, die schändliche Filmzensur, die mit Hilfe der Sozialdemokraten geschaffen wurde und vor allen Dingen die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Verbot des Remarque-Films zu veranschaulichen.

Regierung und bürgerliche Abgeordnete wandten sich selbst gegen den mehr als bescheidenen sozialdemokratischen Antrag. Das Zentrum machte den Gegenvorschlag, statt der Mißbestimmung auf Zulassung verbotener Filme lediglich eine Kannbestimmung zu setzen. Dadurch wurde der sozialdemokratische Antrag noch mehr verwässert und hat praktisch überhaupt keine Bedeutung mehr.

Es folgte dann die Abstimmung, über die wir an anderer Stelle berichten.

## Immer wieder faschistische Terrorakte

Essen, 23. März. In der Nacht zum Sonntag wurden in Mülheim einige Arbeiter von einem Trupp Stahlhelmlern überfallen. Bei dem Zusammenstoß erhielten zwei Stahlhelmer schwere Verletzungen, so daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

## Revolverattentat auf den Brüsseler südslawischen Gesandten

Brüssel, 23. März. (U.) Am Sonntag nachmittag wurde auf dem südslawischen Gesandten in Brüssel, Dr. Milojewitsch, ein Revolverattentat verübt. Der Gesandte hatte sich zur Fahnenweihe der Vereinigung südslawischer Arbeiter nach Seraing bei Lüttich begeben. Nach der Feier veranstalteten die Teilnehmer einen Umzug durch die Stadt. Als der Zug in das Lokal zurückkehrte, gab ein Mann aus der Versammlung zwei Revolvergeschosse auf den Gesandten ab, ohne ihn zu treffen. Er wurde verhaftet, nennt sich Jarno und ist 1904 in Bosnien geboren.

Die Schandtät ist vollbracht

# Millionärsteuer endgültig niedergestimmt

## Finanzminister der Brüningdiktatur erhält Vertrauensvotum der Sozialdemokraten

Die gestrige Reichstagsitzung brachte die endgültige Entscheidung über den kommunistischen Antrag auf Erhebung einer Millionärsteuer. Bekanntlich stimmte letzterzeit die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für den kommunistischen Antrag, weil die Nazis dagegen stimmten und keine Gesetze bestanden, daß er angenommen wurde. Auf diesen Plätzen täuschte damals die Sozialdemokratie den Arbeiter vor, daß sie diesen Antrag im Reichstag selbst eingebracht hätte. Die Nationalsozialisten wurden als Millionärsteuereupartei bezeichnet.

Bei der Abstimmung wurde die Millionärsteuer mit 270 Stimmen von den „linken“ Sozialdemokraten bis zur faschistischen Treibranggruppe gegen 61 Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Angenommen wurde dann mit den Stimmen der Kommunisten ein SPD-Antrag auf Erhöhung der Aufsichtsratssteuer. Da der Finanzminister Dietrich aber bereits vorher angekündigt hat, daß diese Steuer nicht durchgeführt würde, da der Reichsrat Einspruch erheben wird, kommt dieser Abstimmung keine Bedeutung bei.

Der kommunistische Misstrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister Dietrich, den Hauptverantwortlichen für die schreiende Steuerungerechtigkeit in

Deutschland, wurde ebenfalls mit den Stimmen der Sozialdemokraten bei Enthaltung der Wirtschaftspartei und des Landvolks abgelehnt.

Ein Antrag der Kommunisten auf Offenlegung der Steuerlisten zur wirksameren Bekämpfung der kapitalistischen Steuerflucht, wurde mit 192 gegen 143 Stimmen angenommen, da die Sozialdemokratie bei dieser alten Forderung es nicht wagte, dagegen zu stimmen.

Ein kommunistischer Gesetzentwurf, wonach zur Senkung der Nebenkosten für alle nach dem 1. April 1924 erstellten Wohnbauten eine Befreiung von der Grundsteuer der Länder und Gemeinden ab 1. April 1931 in Kraft zu treten hat, wurde mit Mehrheit angenommen. Der Betrag dieser Steuerentlastung soll restlos von der Miete abgezogen werden. In diesem kommunistischen Gesetzentwurf wird ferner die Senkung der Nebenkosten auf den Stand der Friedensmieten verlangt.

Die Ablehnung der Millionärsteuer durch die SPD, wird einen Sturm der Entrüstung in der sozialdemokratischen Arbeiterchaft zur Folge haben, die nicht vergessen hat, daß ihre Presse noch vor wenigen Wochen die Besteuerung der kapitalistischen Haifische als richtig und notwendig bezeichnet hat.

Ein schmachvolles Angebot der sozialdemokratischen Sklavenhändler:

# Sklavenexport auf Reparationskonto

## Deutsche Erwerbslose sollen als Young-Sklaven an Frankreich verschahert werden — Sozialdemokratische Rezepte zur „Ueberwindung“ der Wirtschaftskrise und der Erwerbslosigkeit

Berlin, 23. März (Eigener Bericht)

Die „B.Z. am Mittag“ vom Sonnabend berichtet über ein Interview, das der preussische Ministerpräsident Otto Braun einem Vertreter der französischen Zeitung „Matin“ gewährte. In diesem Interview macht der Sozialdemokrat Otto Braun der französischen Regierung den ungeheuerlichen Vorschlag, daß Deutschland in Zukunft die Reparationszahlungen nicht nur in Gold und Waren, sondern auch durch Lieferung von Arbeitskraft, d. h. durch die Verschaherung deutscher Erwerbsloser auf Reparationskonto, leisten solle, weil die Möglichkeit gegeben wäre, die deutsche Wirtschaftskrise „mit allen ihren gefährlichen politischen und sozialen Rückwirkungen auf Europa“ zu lindern.

Die kommunistische Presse hat bereits seit einiger Zeit auf die alarmierenden Tatsachen hingewiesen, daß deutsche Behörden deutsche Erwerbslose an Frankreich verschahern, um auf diese Weise die Erwerbslosigkeit zu „mildern“ und gleichzeitig die Erwerbslosenunterstützung zu „iparen“. Der Vorschlag von Otto Braun geht noch weit darüber hinaus. Otto Braun will

diesen Sklavenerport im Großen betreiben, und zwar in der Form von Reparationszahlungen.

Wiederum blieb es den SPD-Führern vorbehalten, ein solches schändliches Attentat gegen die deutschen Erwerbslosen auszudehnen. Dieselben Schurken, die eben erst 750 Millionen für Flottenrüstungen bewilligt haben und die in den nächsten Tagen den kommunistischen Millionärsteuer-Antrag niederkommen werden, sie wagen es, auf den Schrei von 5 Millionen Erwerbslosen nach Arbeit und Brot mit einem dergleichen schmachvollen Angebot an die französischen Tributvögte zu antworten.

„Sklavenarbeit in der Sowjetunion“, schreien und lügen seit Monaten die bürgerlichen und sozialdemokratischen Goldschreiber des Kapitals. Aber hier darf es ein deutscher Sozialdemokrat wagen, den französischen Young-Sklaven deutsche Erwerbslose als Reparations-Sklaven anzubieten.

Die deutschen Erwerbslosen werden auf dieses schmachvolle Angebot der sozialdemokratischen Sklavenhändler damit antworten, daß sie noch leidenschaftlicher als bisher dafür kämpfen, daß die Young-Sklave Deutschland einem freien, sozialistischen Sowjetdeutschland Platz macht.

## Neuer Immunitätsraub an acht kommunistischen Abgeordneten

Der Reichstag beschloß am Montag in trauriger Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Stahlhelmparteien die Aufhebung der Immunität von acht kommunistischen Abgeordneten.

Die Immunität des Genossen Bohnenstengel wurde wegen einer trotz Verbots gehaltenen Geheude (!), die des Genossen Buchau wegen Pressevergehens, die des Genossen Heud wegen Beleidigung, die der Genossen Jaddajsch und Schlaffer wegen Hochverrats, die des Genossen Schneller wegen Beleidigung und Aufforderung zum Steuerstreik aufgehoben. In diesen großen Immunitätsraub wurden dann auch noch die Genossen Brenzel und der Jugendgenosse Becker einbezogen.

## Früherer SA-Mann enthüllt die Mordanschläge der Naziführer

Halberstadt, 23. März. In einer öffentlichen Versammlung der K.P.D. machte in der Diskussion der frühere SA-Mann Köppl wichtige Enthüllungen über die Mordanschläge der Nazis gegen kommunistische Funktionäre. Köppl berichtete:

„Im Februar dieses Jahres hatte sich die Feme der Nazis in Halberstadt im Saal von Rosenburg versammelt und ganz bestimmte Mordaufträge durchgesprochen. Der SA-Leute wurden „Dinger“ in die Hand gedrückt und von ihnen gefordert, die Kommunisten Ddra, Dorau und andere zu „erledigen“. Ausdrücklich wurde ihnen noch eingeschärft, vor Gericht keineswegs vor einem Faltscheld zurückzuführen.“

Köppl appellierte an die SA-Leute, der Partei des faschistischen Arbeitermordes den Rücken zu kehren. Er beendete seine Ausführungen mit den Worten: „Nicht mehr mit „Deutschland erwache“ schließe ich, sondern mit „Rot Front!“

## Betrugsanfrage gegen Drewwig

Die Generalkstaatsanwaltschaft hat, wie wir erfahren, gegen den Vorsitzenden der Wirtschaftspartei Drewwig, ein Strafverfahren wegen Betruges, Unterschlagung und U.

ireue eingeleitet. Zu diesem Zweck wurde die Aufhebung der Immunität von der Staatsanwaltschaft gefordert.

Dieses Strafverfahren steht im Zusammenhang mit den schweren Differenzen, die in der Wirtschaftspartei ausgebrochen sind, so daß diese Partei bereits völlig aus dem Leim gegangen ist. Eine ganze Reihe von Wahlkreisen haben den Rücktritt von Drewwig gefordert. Die Vorwürfe, die die Generalkstaatsanwaltschaft gegen Drewwig erhebt, gleichen denen, die der Reichstagsabgeordnete Colosse bereits seit Monaten gegen ihn erhoben hat.

## Von Kindermann bis Muderermann

Die Einheitsfront der Antifaschewisten

Der von der Brüningregierung ins Leben gerufene berüchtigte antifaschewistische „Bund zum Schutze der abendländischen Kultur“ hielt dieser Tage nach dem Bericht der „Germania“ einen Vortragsabend ab, auf dem drei Redner sprachen. Zuerst der „Reichsbannertamerab“ Kindermann, ihm folgten der Deutschnationale von Orpander und der unvermeidliche Jesuitenpfaffe Muderermann. Wie man sieht: eine Einheitsfront von der SPD bis zu den Deutschnationalen. Die Versammlung endete mit der Forderung nach einer gemeinsamen Christenaktion, die eine Erneuerung deutschen Wesens und deutscher Kultur hervorzu bringen geeignet sei.

## Frau Dr. Kienle-Stuttgart im Hungerstreik

Stuttgart, 23. März. (Eig. Bericht.) Die gemeinsam mit dem Stuttgarter Arzt Friedrich Wolf verhaftete Kerstin Dr. Kienle ist, da alle ihre Proteste gegen die weitere Haft fruchtlos geblieben sind, aus Protest gegen das Vorgehen der Behörden in den Hungerstreik getreten.

Damit nimmt der ungeheuerliche Justizskandal um den § 218 immer schärfere Formen an. Dieser Schritt der inhaftierten Kerstin muß ein Alarm sein für die werktätige Bevölkerung, noch entschlossener den Kampf gegen den Schandparagraphen 218 zu führen. Der Frau Dr. Kienle kann auch nicht die geringste strafbare Handlung, selbst nach der reaktionären Justizgesetzgebung, zur Last gelegt werden. Wie uns mitgeteilt wird, ist die Kerstin entschlossen, durch die Pläne der Justizbehörden einen Strich zu machen, die sich bekanntlich bemühen, die Unterfuchung nicht über den Kreis des Proletariats hinauszukommen zu lassen.



# Jungkommunisten <sup>heraus zum</sup> General-Appell | Große Kundgebung auf dem Neumarkt

Heute, Dienstag, 20 Uhr, im „Oderstrom“

Morgen, Mittwoch, den 25. März, 20 Uhr

Sympathisierende Jungproleten sind eingeladen!

Protest gegen die Verbotshetze des Reichsjugendtages

Es spricht der Genosse **Eugen Wiedmeyer**

Sammelplätze: West 7 Uhr Striegauer Platz; Ost 7 Uhr Brodauer Platz; Nord 7 Uhr Weisenburger Platz; Süd 7 1/2 Uhr Friedrichsplatz; Zentrum 7 1/4 Uhr Wallstraße, Ecke Königsplatz; Nordost 7 Uhr Bauhausplatz. Die Stadteile rücken geschlossen ab.

## Die Bezirks-Litung des K. J. V. und Jugendstafel-Litung des Kampfbundes gegen den Faschismus

Gegen Lohnraub und Antreiberei — wählt rote Betriebsräte

### Gedingediktatur in der 15. Abteilung im Juliuschacht

N. R. Seit Februar arbeitet die 15. Abteilung zum Teil am Abbau des 25. Flözes im Querschlag 1b. Da dort Verhältnisse vorhanden sind, die von etwas beleibten Kumpels gar nicht befahren werden können, wegen der enormen Höhe von 0,50—0,90 Meter, wurde im Bedinge der Mindestlohn nicht verdient. Im März sollte das anders werden. Man wollte andere Methoden anwenden, um eine höhere Leistung zu erzielen. Da in der Wagenleistung nichts erreicht werden konnte, darüber sind die Kumpels sich bereits klar. Setzte man Kubikmeter-Gebinge an. Man rebete den Kumpels gut zu und sagte, daß diejenigen, die fleißig sind, viel verdienen würden, während die Faulen eben mit wenig zufrieden sein müssen. Aber die Kumpels ließen sich nicht überdüpeln.

Hervor taten sich bei dieser Aenderung der Antreibermethoden der bereits sehr gut bekannte Fahrsteiger **Vendebusch** und der Steiger **Jürgens**. Aber gerade diese beiden waren am allerwenigsten geeignet, den Plan durchzuführen, denn wenn z. B. bei ihnen nur nach Leistung bezahlt würde, dann läme höchstens als Gehalt soviel heraus, daß sie an einem Tage den Pering und am anderen Tage die Soße zu essen hätten.

Nachdem also bisher die Kumpels abgelehnt hatten, sich ein Bedinge aufzotrieren zu lassen, bei denen ihnen nicht die Gewähr gegeben war, daß sie den Mindestlohn verdienen, versuchte man dieses Ziel durch eine List zu erreichen. Am 19. März erklärte der Steiger, daß ein Drittel der Belegschaft das ihnen gelesene Gebinge angenommen habe. Zu Wirklichkeit hatte er ihnen die entsprechende Kubikmeter-Leistung aufgezwungen, obwohl sie dies ausdrücklich abgelehnt hatten. Die Steiger begründen ihr Vorgehen damit, daß sie erklären, sie verlangen „Mann 3“ Leistung. Das heißt, wer nicht die höchste Leistung unbedürftig um die Möglichkeit dazu, fertigbringt, der fliegt aus dem Schacht.

Damit ist auf dem Schacht ganz offen die Diktatur aufgerichtet. Die Auswirkung des Lohnraubes wird über die nur in dem Tarifvertrag festgesetzte Höhe wird diktatorisch erzwingen. Die Antwort auf diesen Faschismus kann nur sein, alles daran zu setzen, um die Kumpels in geschlossener Einheitsfront zum Kampfe bereit zu machen.

Dazu gehört in diesem Augenblick vor allem die ganze Kraft angestrengt, um nur rote Betriebsräte auf allen Schächten zu wählen.

### Hehe gegen RW.

Schwarzwaldau. N. R. In der letzten, vom Bergarbeiterverband einberufenen Mitgliederversammlung veranstaltete der Reformist **Steinmeyer** eine wilde Hehe gegen die RW. Wie sehr der reformistische Kurs der Reformisten auch die Mitglieder des RW abstoßt, zeigte sich darin, daß fast nur Invaliden in der Versammlung anwesend waren, die aber auch von dem Referat sehr wenig erbaut gewesen sein werden, weil ja darin auch die Rentenzürgung zugehen werden mußte.

Unser Genosse **Krebs** geißelte das Verhalten der sozialfaschistischen Vertreter sehr scharf und wies **Steinmeyer** nach, daß sowohl er, als auch seine Freunde keine Arbeiterinteressen mehr vertreten. **Steinmeyer** geriet darüber in große Wut und er kündigte daraufhin dem Genossen **Krebs** den Hinauswurf aus dem RW an.

In der Versammlung tat sich auch als Heher der Sozialfaschist **Gläser** hervor, dem wir nur den guten Rat erteilen möchten, sein großes Faschistenmaul zu halten, weil das zu seinem sonstigen Kopfschmerz nicht paßt.

### Weißstein

#### Christen und Reformisten gegen den roten Verband

Wie faul es mit den Behauptungen der reformistischen Bongen aus dem RW bestellt sein muß, daß der „Rote Verband“ nicht hochkommt, zeigt u. a. folgender Vorfall: Auf dem **Juliuschacht** macht unsere Agitation besonders gute Fortschritte. So gelang es dieser Tage, auch in der Wajschlaue einige Mitglieder für den roten Verband zu gewinnen, die bisher bei den Reformisten waren. Ein christlicher Betriebsrat sah das und die Verbundenheit mit den Reformisten veranlaßte ihn, auf dem schnellsten Wege seine Wahrnehmung diesem zu unterbreiten. Dann zogen beide über unseren Werber her und verboten ihm die Werbung in der Wajschlaue. Nicht genug damit, begaben sie sich auch zum Betriebsleiter und denunzierten unseren Genossen wegen dieses „Verbrechens“.

Wie faul müssen die Aktien der Reformisten und Christen stehen, wenn sie bereits gezwungen sind, mit solchen Mitteln gegen den roten Verband zu hegen. Daß der Erfolg nicht bei ihnen, sondern bei uns sein wird, brauchen wir nicht besonders zu betonen.

### Wichtig für die Betriebsrätewahlen!

Du mußt dir sofort die Statutnummer des „Roten Wählers“ besorgen. Ihr sucht Material gegen die reformistischen Gegner? Ihr sucht authentisches Material gegen Brüning-Parteien und Nationalsozialisten? Warum, so richten wir diesmal die Frage besonders an die Betriebsgenossen, greift ihr nicht nach dem „Roten Wähler“?

Bei der letzten Konferenz der kommunistischen Reichstagsfraktion zusammen mit über 200 Betriebsräten der Groß-Berliner Betriebe erklärten alle Betriebsräte einstimmig, daß der „Rote Wähler“ eine gute Waffe im Kampf für rote Betriebsräte sei. Besonders die Statutnummer ist unentbehrlich für die Betriebsgenossen und roten Betriebsräte, denn sie enthält auf acht Seiten zusammengestellt alles notwendige Material über den Abbau der Sozialpolitik, die Fülle und Strenge der Brüning-Diktatur und vor allem einen glänzenden Überblick über die Panzerkreuzerpolitik der SPD.

Da das gesamte Material für nur 10 Pfennig zu beziehen ist, darf es keinen Funktionär, kein Mitglied der Partei, kein Mitglied einer proletarischen Massenorganisation geben, das sich nicht des „Roten Wählers“ bei der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen bedient.

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptseite, für Breslau, Baldenburger Bergland, Niederschlesien: **Wilhelm Biewald**, Breslau. — Für die übrigen Seiten: **Karl Preißner**, Berlin. Für Inserate: **Karl Gansdorf**, Breslau. Druck: „Fortschritt“-AG, Filiale Breslau.

### Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17

Zum ersten Male!

#### Traktoren oder Kanonen

Sozialistischer Aufbau od. kapitalistischer Krieg  
Der Industrie-Prozeß in Moskau

Henny Porten

#### „Die Frau, die jeder liebt, bist Du“

Dazu Wochenschau und Bühnenschau, Kunstpfeifer Harry  
Erwerbslose bis 5.30 Uhr 25 Pf., sonst 50 u. 70 Pf.



Täglich 8.15  
Sonntag 4.00 und 8.15

### NONI

Von Mittwoch bis  
einschl. Sonnabend  
4 Nachmittags-  
Extra-Vorstellung  
mit NONI  
Halbe Abendpreise

Kauft nur  
bei unseren  
Inferenten

Einer unserer Besten ist nicht mehr!

Im Alter von 58 Jahren verschied unerwartet unserer langjähriger aktiver Partei- und Rote-Hilfe-Funktionär, Genosse

### Karl Maiwald

Der Stadtteil Süd der Partei und Rote Hilfe verliert einen ihrer eifrigsten Genossen. Sein Ziel und sein ganzes Streben galt der kämpfenden Arbeiterschaft. Er hoffte noch ein Sowjet-Deutschland zu erleben.

Die Beerdigungszeit wird noch bekanntgegeben

Der Stadtteil Süd der KPD.  
Rote Hilfe Stadtteil Süd

### Geschäfts-Übernahme.

Hiermit gebe ich meiner werten Kundschaft von Stadt und Land zur Kenntnis, daß ich mein

#### Kolonialwaren-, Delikatessen-, Wein- und Zigarren-Geschäft

an Herrn Gerhard Reim verpachtet habe. Ich danke meinen Kunden aufs herzlichste für das mir bewiesene Vertrauen und bitte, dasselbe auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Hochachtungsvoll **Alfred Klappach.**

Ich werde das in mich gesetzte Vertrauen meiner mich beehrenden Kunden zu würdigen wissen. Nur unbedingt beste Qualitäten zu niedrigen Preisen gelangen zum Verkauf. Ebenso gewährleiste ich saubere u. zuvorkommende Bedienung.

Hochachtungsvoll **Gerhard Reim.**  
Striegau 54l.

## Gross-Reinermachen

<b>la Kernseife</b> Riesenriegel ca. 1000 gr.	<b>58</b>	Pfg.	
<b>Kristall-Schmierseife</b> 10 Pfund im Eimer	<b>22</b>	Pfg.	
<b>Elain-Naturkernseife</b> 10 Pfund im Eimer	<b>28</b>	Pfg.	
<b>Wisch-Schrubber</b> weiß und Union, 4 reihig	<b>20</b>	Pfg.	
<b>Waschbürste</b> Wurzel	<b>25</b>	Pfg.	
<b>Kokosbesen</b>	<b>40</b>	Pfg.	
<b>Borsten-Handfeger</b>	<b>50</b>	Pfg.	
<b>Robhaarbesen</b> gute Qualität	<b>90</b>	Pfg.	
<b>Mop</b> mit Stiel und Dose „Der gute Ador“	<b>1.95</b>	Pfg.	
<b>Bohner</b> ca. 4 kg schwer	<b>1.95</b>	Pfg.	
<b>Bohnerwachs</b> gelb und weiß 1 kg 90 Pfg. . . . . 1-Pfund-Dose	<b>45</b>	Pfg.	

**Denken Sie an unseren GARDINEN-VERKAUF**

# TIETZ

### Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Dienstag, den 24. März, 20.15 Uhr

15. Abonnements-Vorstellung E

#### Ca Cravata

Mittwoch, den 25. März, 20.15 Uhr

15. Abonnements-Vorstellung F

#### Aida

Donnerstag, den 26. März, 20.15 Uhr

16. Abonnements-Vorstellung D

#### Casparone

Freitag, den 27. März, 20.15 Uhr

Madame Sans-Gêne

Sonabend, den 28. März, 19.30 Uhr

Die große Unbekannte

Sonntag, den 29. März, 15 Uhr

Die Zauberflöte

20.15 Uhr

Casparone

### Genossin

sucht zum gemeinsamen Lesen guter Literatur u. regen Gedankenaustausches einen Genossen, der gleiche Interessen hat.  
Off. unter X/10 an die Arb. Ztg.

Für **Breslau / Glogwitz**

**Liegnitz / Glogau**

suchen wir tüchtige

### Abonnentenwerber

für den

### Arbeiter-Sender

Geeigneten Personen bietet sich durch intensives Arbeiten nachweislich guter Nebenverdienst. Hohe Provisionen. — Angebote sofort erbeten an

**Arbeiter-Sender 8. m. b. H.**

Berlin SW 48, Hedemannstr. 13!

**Reinhold Weise** Schiedwerderstraße 30

Getreide-Dampfbrennerei

Likörfabrik / Gaststätte